

Leipzigs NEUE

EINE LINKE ZWEIFOCHENZEITUNG

■ Und die Welt schaut zu

100 000 tote Iraker und die USA bomben weiter für den freien Zugang zum Erdöl und seine profitable Vermarktung. Was kann die Friedensbewegung noch ausrichten? **Seite 3**

■ Eine dicke Praline

Die Hallorenkugel begeistert seit über 50 Jahren Naschkatzen. Ein Kapitel Industriegeschichte aus Halle. **Seite 7**

■ Schweigegebot durchbrochen

Leipziger Linke reagierte auf Karl Liebknechts Nein zum Krieg am 2. Dezember 1914 im Reichstag mit einer Einladung nach Leipzig. **Seite 12**

24

2004

12. Jahrgang

26. November

1 Euro

Tel./Fax:

0341-

21 32 345

ZOLLGRENZE



Montage: Marc Ranstetter

Städtische Verelendung

Seit Jahren erlebt Leipzig im Dezember ein betrübliches bis erschreckendes Szenarium: das letzte Wort der Ratsversammlung zum Haushaltsplan des Folgejahres. Eine Zwangslage, in der fast nur zwischen mehreren Übeln zu wählen ist. Dieses Jahr scheint der Etat alle bisherigen Widrigkeiten in den Schatten zu stellen. Symbolisch ist die vorgesehene Schließung der Stadtgärtnerei, und Blumen werden nur im Zentrum und an touristischen Punkte gepflanzt. Die blühenden Landschaften, im Allgemeinen Illusion geblieben, verabschieden sich nun auch ganz gegenständlich!

Die Schmerzgrenze war schon im vorigen Jahr überschritten. Leipzig ist eine bettelarme Stadt, stellte die PDS fest und forderte dringend einen kommunalpolitischen Wandel. Der Haushaltsplan 2004 war nur mit Bauchschmerzen und Vorbehalten über die Bühne gegangen. Doch seitdem hat die Katastrophe in einem Maße ihren Fortgang genommen, dass selbst der sonst immer noch optimistische Oberbürgermeister nicht umhin kam, den bitteren Ernst der Situation klar zu benennen: „haushaltpolitische Probleme, mit denen wir es in den nächsten fünf Jahren zu tun haben werden“.

Nachdem das Tafelsilber, sprich das städtische Eigentum, schon zu einem guten Teil versetzt wurde, stehen zur Debatte (aber faktisch ohne Spielraum): weitere Hunderte städtische Angestellte zu entlassen; weitere Jugend-, Sozial- und Gesundheitseinrichtungen zu schließen (Ausnahme: mehr Kita-Plätze); die Kulturstätten bluten zu lassen; die Investitionstätigkeit extrem zu reduzieren und auf Fördergelder zu verzichten, weil der Eigenanteil nicht aufzubringen ist; bei Umweltschutz und Gefahrenabwehr zu kürzen; mehr Steuern zu erheben ...

Unterm Strich blieb bislang immer noch eine Deckungslücke von 70 Millionen Euro, die sich vermutlich erhöht, da offensichtlich die in Ansatz gebrachte Grundsteuererhöhung inzwischen durchgefallen ist. Mit der Reduzierung der Investitionen ist auch die Zukunft gefährdet: Personalabbau und Arbeitslosigkeit erhalten neuen Schub.

Ein Teufelskreis. Wo ist der Ausweg? Zugestehen, dulden, beten, hoffen. Das war bisher. Eine Fortsetzung birgt eher die Gefahr der Zuspitzung als die Möglichkeit einer Wende in kommenden Jahren. Da die Ursachen für die Misere nur zum Teil in der Stadtpolitik und vorrangig in der Bundes- und Landespolitik zu suchen sind – nicht so sehr hinsichtlich des Wirtschaftswachstums als vielmehr der Reichumsverteilung –, muss zuerst dort die Lösung des Knotens eingefordert werden. • GÜNTER LIPPOLD

Wieder ein Messias: DHL

Oberbürgermeister Tiefensee zeigte sich lange nicht so happy wie bei der offiziellen Verkündung der Entscheidung zur Ansiedlung der fliegenden Postboten von DHL in Schkeuditz. Und die Bild-Zeitung rührte ihre Leser mit 10 000 neuen Arbeitsplätzen in der Schlagzeile zu Freudentränen. Zweifellos ist die Ansiedlung ein Lichtblick, die Situation wird sie freilich nicht entspannen. Schwarzmalen wollen wir nicht, die Lage ist ernst genug. Doch eine nüchterne Betrachtung kann vor falschen Erwartungen schützen. Aber gerade die werden gehegt, wenn beispielsweise schon am ersten Tag nach Bekanntwerden 1200 Bewerbungen als Fahrer, Lager- und Transportarbeiter und dergleichen entgegengenommen werden für ein Unternehmen, das hier in drei, vier Jahren einsteigt. Konkret geht es um 3500 Stellen, die übrigen sind kaum exakt fixierbare Erwartungen für das Umfeld. Krisenzeiten sind eben auch Zeiten großer Verheißungen und Hoffnungen.

Wir erinnern uns an die BMW-Begeisterung vor fünf Jahren („Messias vor den Toren der Stadt“), die avisierten 5500 Arbeitsplätze – und stellen fest, dass mittlerweile im Leipziger Raum die Anzahl der Arbeitslosen um etwa 2300 gestiegen ist. Das heißt, was an Arbeitsplätzen hinzukommt, wird vom Arbeitsplatzabbau an anderer Stelle wieder aufgefressen. Allein 440 Stellen will die Leipziger Stadtverwaltung nächstes Jahr streichen, 50 die Sparkasse noch 2004, die kommunalen Finanznöte drängen auf weiteren Personalabbau an Hochschulen, an Kulturstätten und im sozialen Bereich. Für den Stopp von Firmeninsolvenzen gibt es keine Anzeichen. • GÜNTER LIPPOLD

Rückrufaktion

Die Sachsen-CDU übt sich in Schadensbegrenzung. Die Verwirrung nach dem NPD-Einmarsch in den Landtag ist offensichtlich. Dabei setzt Milbradts Partei aber nicht etwa auf eine gründliche Analyse des Vorgefallenen, sondern auf kurzatmigen Aktionismus, wenn der Parteivorsitzende und Regierungschef die Irregulierten Wähler zu Einsicht und Umkehr aufruft. Die Einkehr müsste bei der CDU selbst beginnen, für die bislang – trotz wachsenden und immer unverschämterer neonazistischer Aktivitäten – der Rechtsradikalismus bestensfalls Randerscheinung und Randthema war. Ja, wir erlebten gar Beispiele von parlamentarischer Kooperation mit den Neonazis. Jahrelang wurden die Augen zugedrückt, das Eingreifen von Polizei und Justiz wurde im Zaume gehalten. Von antifaschistischem Engagement der CDU-Spitzenpolitiker war kaum etwas zu spüren. Und was heißt jetzt, man müsse sich der Themen der NPD annehmen – wie „Heimat“ und „Einwanderung“? Heißt es, sie rechts zu überholen? In der Tat liegen ja die CDU-Positionen in diesen Fragen nicht allzuweit weg von denen der NPD-Leute, die sie im Grunde nur auf den Punkt bringen und unverblümt aussprechen? Das „Netzwerk Tolerantes Sachsen“ forderte jüngst von den Parteien in Sachsen, sich klar gegen jegliche Zusammenarbeit mit der NPD zu bekennen. Was tut die CDU angesichts der Einschätzung, dass die Verweigerungshaltung gegenüber der NPD bei lokalen Eliten weitgehend gebrochen sei? • G. L.

Unternehmermitbestimmung!

Die Unternehmerverbände und die CSU setzen ihre vielfältigen Versuche zur Demontage des Arbeitsrechts fort. Nach längeren Arbeitszeiten und Einschränkung des Kündigungsschutzes greifen sie jetzt Mitbestimmung der Beschäftigten in den Unternehmen an, wollen die Arbeitnehmersitze in den Aufsichtsräten von der Hälfte auf ein Drittel reduzieren. (Wobei unklar bleibt, wie das zu mehr Arbeitsplätzen führen soll.) SPD und Gewerkschaften meldeten Protest an. Sie wollen das gegenwärtige System erhalten. Eine sehr genügsame Forderung. Denn bei der jetzigen Konstellation, herbeigeführt durch das Betriebsverfassungsgesetz von 1972 mit seiner Zumessung kastrierter Rechte, sitzen die Kapitaleigner allemal am längeren Hebel. Wäre es nicht Zeit, die ewigen Abwehrkämpfe zu beenden und in die Offensive zu gehen – beispielsweise über deren künftige Mitbestimmung wenigstens nachzudenken. Man könnte es versuchen. Wenn es nicht geht, kann man sie ja schrittweise wieder einschränken. Sicher ein Gedanke, der der Realität vorausseilt. Aber vielleicht hilft er, die Fronten zu klären. • KURT RECHT

LN. „Die kulturpolitische Großwetterlage hat sich in Leipzig dieser Tage offenkundig dem regnerischen Novemberklima angepasst“, stellte das neue Mitglied des Leipziger Stadtrates, Volker Külöw (PDS), auf der Ratssitzung am 18. November zu den Rahmenverträgen für sechs soziokulturelle Einrichtungen fest. Obwohl die finanzielle Aufstockung des Sächsischen Kulturräumgesetzes der Stadt über 3 Millionen Euro zusätzliche Einnahmen für 2005 sichere, flackern insbesondere bei den Leuchttürmen der Kultur die Lichter, so Külöw.

Die personalpolitischen Hiobschaften wollen nicht abreißen, und in vielen Häusern herrsche angesichts der dramatischen Haushaltsituation Irritation und Verunsicherung. Vor diesem komplizierten Hintergrund hält die PDS es gerade jetzt für wichtig, dass der Stadtrat ein deutliches Bekenntnis zur Basiskultur im Allgemeinen und zu sechs soziokulturellen Zentren im Konkreten ablegt. Wird dort doch insbesondere die Generation der 15- bis 30-jährigen unabhängig vom sozialen Status und Bildungsniveau erreicht:

Soziokultur – mit wenig Geld viel bewegt

Wie aber nun weiter?

„Nicht zuletzt durch die vielen interkulturellen Projekte in der Soziokultur erreicht man ein hohes Maß an Miteinander von deutschen und ausländischen Mitbürgern, das erheblich zur Integration beiträgt. Dass Leipzig im September 2004 das geringste großstädtische NPD-Wahlergebnis zu verzeichnen hatte, dürfte damit zu tun haben.“ Für Külöw ist es kein Zufall, dass am 3. Oktober 2004 die Karl-Liebknecht-Straße – in deren Umfeld mit naTo, Haus Steinstraße, Frauenkulturzentrum und Conne Island immerhin vier der sechs Einrichtungen beheimatet sind – den Kristallisationspunkt für den friedlichen Widerstand tausender Bürgerinnen und Bürger gegen den Neonaziaufmarsch bildete. Was die Haushaltslage betreffe, so lohne ein genauerer Blick auf die Zahlen, denn in kaum einem Kulturbereich werde mit weniger Geld mehr bewegt als in den soziokulturellen Zentren – nicht



zuletzt wegen des hohen Grades an Selbstausschöpfung der Mitarbeiter der Einrichtungen: „Die Zuschüsse für die besagten sechs Einrichtungen betragen jährlich insgesamt etwa 1 Million Euro, das sind knapp 1,5 Prozent der Zuschüsse für die großen kulturellen Eigenbetriebe der Stadt Leipzig. Damit werden immerhin fast 300 000 Besucher erreicht. Zum Vergleich: das Gewandhaus hat beispielsweise jährlich etwa 170 000 Besucher.“ Beim Haus Steinstraße und der Frauenkultur sinkt der Förderanteil auf etwa 50 Prozent und bei der naTo und beim Conne Island beträgt er sogar nur noch knapp ein Fünftel.

6-Punkte-Programm für Grünau

LN. Leipzig-Grünau kann die Abwanderung nicht stoppen. Auch verbesserte Infrastruktur ändert daran nichts. PDS-Stadtrat Dieter Pellmann schlussfolgert: „Die Leipziger Verwaltungsspitze scheint diesen Stadtteil bereits aufgeben zu haben.“ Statt eines städtebaulichen Konzepts dominieren eher willkürlich die Abrissbirne. Im Haushaltentwurf sind für Grünaus Stadtbau keine Mittel mehr eingeplant.

Als Grünauer Einwohner und als in diesem Stadtteil direkt gewählter Landtagsabgeordneter der PDS griff Pellmann den jüngsten öffentlichen Aufschrei seiner Mitbewohner gegen diese Politik auf. Er will sich in sechs Punkten für Grünau engagieren: 1. Grünau braucht ein Entwicklungskonzept für die nächsten 10 bis 15 Jahre. 2. Der OBM, die Leipziger Verwaltungsspitze und alle Stadtratsfraktionen sollten sich eindeutig zu einer tragfähigen Perspektive

für Grünau bekennen.

3. Um den attraktiven Wohnstandort zu erhalten und zu entwickeln müssen neben dem Abriss Wohngebäude und ihr Umfeld modernisiert werden.

4. Grünau muss ein Stadtteil zum Wohlfühlen für alle Generationen sein. Es dürfen keine weiteren Schulen, Kindertagesstätten oder Freizeiteinrichtungen geschlossen werden. Auch für Ältere muss es ein ausreichendes Angebot an Begegnungsstätten und Betreuungseinrichtungen geben.

einrichtungen geben.

5. Grünau muss ein Statteil der kurzen Wege bleiben. Die beabsichtigte Schließung des Bürgeramtes Stuttgarter Allee ist nicht hinzunehmen. Zu prüfen ist die Einrichtung einer Buslinie, die die beiden Hauptachsen verbindet. 6. Aktive Bürgerbeteiligung bleibt für Grünau das A und O. Das Forum Grünau muss wiederbelebt werden, zu unterstützen ist die Schaffung eines Bürgerhauses unter der Regie vom KOMM e.V.



Begegnung mit Nichtchristen

Zu einer „Begegnung mit Nichtchristen“ kam es während einer Veranstaltung in der evangelisch-lutherischen Hoffnungskirche in Leipzig-Knauthain. Horst Haustein, engagiertes Gemeindeglied, konnte Bernd Knüfer von der Kontaktstelle „Orientierung“ der Leipziger katholischen Kirche ebenso herzlich begrüßen wie den ehemaligen Dozenten für marxistische Philosophie an der Theologischen Fakultät der Karl-Marx-Universität, Siegfried Knofe. Zuhören können, so waren

sich die Teilnehmer mit dem Katholiken Knüfer einig, sei bei solchen Begegnungen besonders wichtig. Für PDS-Stadtrat Reiner Engelmann ist Christentum schwer verständlich, wenn der USA-Präsident im Namen der Botschaft Christi und der Verwendung des Begriffs „Kreuzzug“ in andere Länder einmarschiere. Es gebe für ihn zwar Gemeinsamkeiten mit Christen, was aber nicht unbedingt zu gleichen Ansichten über Antriebe des Handels führe. • H. G.

Die nächste Ausgabe von Leipzigs Neue erscheint am 17. Dezember als Doppelausgabe 25/26.

**Aus einem Irak-Krieg-Protokoll:
30. 4. 2003 – 43. Tag:**

Der II. IRAK-KRIEG ist laut US-Präsident Bush zu Ende. Das gab er auf einer Pressekonferenz um 3 Uhr MEZ (Donnerstag 18 Uhr US-Time) auf dem Flugzeugträger „Abraham Lincoln“ bekannt.

1. 5. 2003 – 44. Tag:

In Falludscha bei Bagdad haben aufgebracht Iraker offenbar Rache für ihre durch US-Soldaten getöteten Landsleute genommen. Bei dem Anschlag wurden sieben amerikanische Soldaten verletzt. Unbekannte hätten in der Nacht zwei Granaten auf einen von den Streitkräften genutzten Komplex geworfen.

Und seither täglich Bombenschläge der USA in einem Kampf, den viele Muslime als 2. Kreuzzug der Christen und als ihren Heiligen Krieg verstehen. Die Demonstranten in aller Welt aber sind längst wieder zu Hause. Sie hören zwar allabendlich in den Nachrichten von neuen Toten, von Gräueln und Folterungen. Aber der Krieg ist zu Ende. Sagte Bush. Seine „Operation Iraqi Freedom“ brachte und bringt dem irakischen Volk statt der Freiheit Tag für Tag mörderische Bombenanschläge, Hinrichtungen und kriminelle Gewalt auf höchstem Niveau und natürlich den „Wiederaufbau“ des plattgebombten Landes. Die größten Aufträge im Umfang von 2,3 Milliarden Dollar erhielt das Halliburton-Tochterunternehmen KBR, dass die US-Armee vom ersten Kriegstag an logistisch unterstützte und die irakische Ölindustrie wieder aufbauen soll. Bis zum Jahr 2000 hatte der Konzern einen prominenten Chef: den US-Vizepräsidenten Dick Cheney.

Die Welt weiß inzwischen, es gab keinen einzigen Kriegsgrund, nur Lügen. Es gab keine Massenvernichtungswaffen und auch keine Pläne für ein irakisches Atomwaffenprogramm. Verbindungen zum Terrornetzwerk Al-Qaida sind bis heute nicht wirklich nachzuweisen. Und was die Befreiung der Iraker von Hussein betrifft: Weltweit gibt es zahlreiche Diktaturen, darunter nicht wenige, mit denen die USA sehr gut kooperieren. Auch kein einziges der 22 arabischen Länder ist im westlichen Sinne demokratisch. Wenn es den USA um eine Demokratisierung ginge, könnten sie ohne Krieg mit den unter ihrem Einfluss stehenden Ländern wie Saudi-Arabien, Jemen oder Kuwait anfangen.

Was die Bedrohung betrifft: Nur einer von acht US-Bürgern im Alter zwischen 18 und 24 Jahren (das ist die Generation, die in den Krieg musste) kann den Irak auf einer Weltkarte finden, wie eine Untersuchung für die National Geographic Society ergab. Doch als der vor dem Anschlag auf die New-Yorker-Zwillingstürme längst ins Auge gefasste Krieg gegen den Irak am 20. März 2003 mit Bomben und Cruise-Missile-Angriffen begann, standen 70 Prozent der Amerikaner hinter ihrer kriegswütigen Regierung. Selbst als bekannt wurde, dass wieder Napalm, Streubomben und uranangereicherte Munition verschossen wurde, als somit grausame Flächenbrände, zerrissene Kinder und radioaktiv verseuchte Opfer auch zu diesem Kriegsalltag gehörten, hat sich bei der Masse des US-amerikanischen Volkes und seinem unheimlichen Patriotismus immer noch nichts bewegt. Viel schlimmer: Am 3. November dieses Jahres wurde George W. Bush mit einer Mehrheit von 52 Prozent gewählt – nicht „wiedergewählt“, das wäre nach dem Wahlbetrug, dank dessen er überhaupt erst an die Macht kam, das falsche Wort. Zwar keineswegs im Vollbesitz geistiger,

100 000 Iraker im Krieg getötet – die Kriegsverbrechen von Falludscha noch nicht mitgerechnet

Was kann die Friedensbewegung noch ausrichten?



menschlicher und moralischer Qualitäten, dafür aber nunmehr im Vollbesitz der Macht, hat er bereits weitere – völkerrechtswidrige – Aggressionen angekündigt, „um amerikanische Interessen zu wahren“. Sogar den Ersteinsatz von Atomwaffen schließt dieser von Alkoholexzessen und göttlichem Größenwahn Gezeichnete nicht mehr aus. Das Entsetzliche dabei, seine Politik der radikalen Missachtung der Menschen auf dieser Erde ist durch die jüngste Wahl bestens sanktioniert. George W. Bush erhielt mehr Wählerstimmen als je ein amerikanischer Präsident vor ihm.

Was zählen die noch vor den martialischen Kämpfen um Falludscha ermordeten 100 000 Iraker, vorwiegend zivile Opfer? „Die Friedensbewegung steht vor einer der größten Herausforderungen der letzten zwanzig Jahre“ – so hatte der Bundesausschuss des *Friedensratschlages* schon

am 22. März 2002, einen Tag vor dem offiziellen Kriegsbeginn im Irak gewarnt. Nicht nur in der Bundesrepublik, weltweit waren dann in den folgenden Wochen Hunderttausende auf die Straßen gegangen, um gegen diesen Völkermord zu protestieren. Bis, ja bis, siehe oben, Bush den Krieg für beendet erklärte.

Andererseits, was konnte wirklich noch getan werden? Wäre es möglich gewesen, weiterhin Woche für Woche Zigtausende, wenn die Proteste wirklich etwas bewirken wollten, Millionen mit dem Ruf nach Frieden in Marsch zu setzen? Und: Können Demonstranten Bomber aufhalten?

Die Haltung gegen diesen Krieg hat sich gewiss nicht gewandelt. Höchstens Resignation macht sich breit: Wer kommt schon gegen diese USA-Übermacht an? Vielleicht beginnen uns auch unsere sozialen Probleme allmählich zu lähmen?

Ungeheuerlich - ja und?

11. 3. 03: In Den Haag ist mit der feierlichen Vereidigung von 18 Richtern der Internationale Strafgerichtshof (IstGH) eröffnet worden. Das Weltgericht soll zukünftig Vergehen wie Völkermord und Kriegsverbrechen ahnden. Insgesamt 120 Staaten vereinbarten im Juli 1998 die Schaffung des Gerichts, 89 Staaten, darunter alle EU-Länder, haben bislang die Ratifizierungsurkunde am UNO-Sitz in New York hinterlegt. Die USA unter Präsident George W. Bush lehnen das Gericht vehement ab. Washington hat statt dessen mit 22 Staaten bilaterale Verträge abgeschlossen, die US-Bürgern Immunität vor Strafverfolgung durch das Gericht garantieren. Zudem beschloss der US-Kongress ein Gesetz, dass es dem Präsidenten erlaubt, US-Bürger auch mit militärischer Gewalt aus dem Gefängnis des Gerichtshofs zu befreien.

8. 8. 03: Amerikanische Ölfirmen wurden durch den amerikanischen Präsidenten bei ihren Geschäften und jeglichen Handlungen im Irak juristisch für immun erklärt. Sie können tun und lassen, was sie wollen. Bei jeglichen Verstößen und Verbrechen, auch z.B. bei Menschenrechtsverletzungen oder Umweltverschmutzung, wird sie die „Executive Order 13303“ vor Strafe schützen, die US-Präsident Bush bereits vor zwei Monaten in Kraft setzte. Die Regierungsrorder legt fest, dass Gerichtsurteile, Pfändungen oder Gerichtsprozesse für null und nichtig erklärt werden müssen, wenn sie den irakischen Entwicklungsfonds oder jegliche Geschäfte mit irakischem Öl betreffen.

So erregte eine Nachricht vom 31. Oktober 2003 kaum noch besondere Aufmerksamkeit, obwohl sie Bände sprach und kommende bundesdeutsche Gut-Wetter-Aktionen mit den USA mehr als erklärt:

„Lukrative Aufträge im Irak und in Afghanistan hat die Bush-Regierung gezielt an Firmen vergeben, die zuvor den Wahlkampf des US-Präsidenten kräftig unterstützt haben, ... Offizielle Ausschreibungen ... wie sonst üblich fanden nicht statt.“

Am 13. Oktober 2004 war beinahe folgerichtig von einer deutschen Kehrtwende in der *Financial Times Deutschland (FTD)* zu lesen: „Verteidigungsminister Peter Struck schließt den Einsatz der Bundeswehr im Irak auf längere Sicht nicht aus. Mit seiner Aussage relativiert Struck als erstes Regierungsmitglied das strikte Nein zur Entsendung deutscher Soldaten in den Irak.“

Friedensbewegungen wie der Kasseler *Friedensratschlag* forderten zwar unverzüglich den Rücktritt von Verteidigungsminister Struck, denn er sei ein „gefährliches außenpolitisches Torpedo“ im Kabinett, man bezweifle aber sogleich einen Alleingang Strucks und vermutete einen kalkulierten Versuchsballon.

Worauf nun wirklich vieles, was sich derzeit tut, hinweist. Struck organisiert die Bundeswehr systematisch um, siehe auch die derzeitigen Schließungen von Kasernen (wer braucht noch direkten Grenzschutz?). Gleichzeitig, so listet der *Friedensratschlag* auf, denkt Struck künftige Einsatzfelder für die Bundeswehr und die deutsche Rüstungsindustrie vor: „Struck war es, der die Lieferung von Fuchs-Panzern an den Irak in die Wege leitete. Struck war es, der sich vorstellen konnte, Bundeswehr im Sudan einzusetzen. Struck war es, der monatelang die Ausweitung des Afghanistan-Mandats vorantrieb (erst Kundus, dann Feisabad). Struck war es auch, der die Weichen dafür stellte, dass möglicherweise 1000 auszumusternde Leopard-II-Panzer der Türkei zur Verfügung gestellt werden – ein Plan, der noch vor wenigen Jahren zu einem Aufschrei der Entrüstung beim grünen Koalitionspartner geführt hatte.“

Möglich. Vergessen wir aber auch nicht, dass US-Bomber auf dem Weg zu den Kriegszielen im Irak über Deutschland flogen, auf einer Linie, die über Leipzig und Dresden führte, was zu hören war, auch während der Montagsdemos! Österreich beispielweise hat diesem ungehörigen US-Ansinnen widerstanden. Die rosa-grüne Regierungskoalition war offenbar doch nicht so konsequent gegen diesen Krieg, wie sie versprochen hatte. Während der Bundesvorstand der CDU ohne diplomatische Umschweife gleich eine Initiative zur „Anpassung“ des Völkerrechts an das von den USA im Irakkrieg praktizierte Verfahren auf den Weg brachte.

Was kann die Friedensbewegung da noch ausrichten?

Mag auch nicht jedes Volk so leicht zu täuschen sein wie das US-amerikanische, mag auch nicht jedes Land oder jeder Bürger die heftig geschürte Terroristenpanik mitmachen – Tatsache ist und bleibt, der Brand, den die USA im Orient nicht erst durch den offenen Krieg geschürt haben und den sie mit Waffen niemals „befrieden“ können, den kann auch die stärkste Friedensbewegung nicht löschen. Dazu bedarf es einer anderen Politik, einer weltweit sozial gerechten Verteilung der Güter. Anders gesagt, die Friedensbewegung müsste eine zutiefst politische Bewegung werden.

Leicht gesagt ...

• MAXI WARTELSTEINER

Für die Chefs der Leipziger Verkehrsbetriebe ist die Welt gewiss in Ordnung. Teure Ticketautomaten (weil in höheren Sphären lebende Banker glaubten, dass die Leipziger in Bus und Bahn liebend gerne mit Chipkarte bezahlen würden) mussten zwar wieder auf ordinäre Geldannahme umgestellt werden, aber das macht alles nichts. Man hats ja, beziehungsweise, man hat ja welche, von denen man das Geld nehmen kann. Dabei hat LVB-Hauptgeschäftsführer Wilhelm Georg Hanns seit 1999 doch immer wieder Gewinn-Meldungen verlautbart und über kontinuierlich steigende Fahrgastzahlen gejubelt. Gleichzeitig baute er noch konsequent Personal ab. Er strukturierte um und setzte alljährlich ziemlich unanständige Fahrpreiserhöhungen durch, um so sein „Unternehmen für den Wettbewerb fit“ zu machen. Dennoch hat sich nun also eine Finanzierungslücke von 110 Millionen Euro bis 2012 aufgetan, weil Zuschüsse und Fördermittel nicht mehr fließen – weil die öffentlichen Kassen durch Steuergeschenke an die Unternehmen ausgeplündert werden. Siehe Quelle: Das Großunternehmen erhielt von der Stadt Leipzig 10 Millionen Euro Gewerbesteuer-rückzahlungen für die Jahre 2000 bis 2002. Zum Dank wird entlassen! Was nun das LVB-Defizit betrifft, ein keine Erpressungen scheuendes Management hat die Lücke bereits wieder fast geschlossen. Selbstlos haben sich LVB-Geschäftsführer und Co. in den Kampf gestürzt und mit Betriebsrat und der Gewerkschaft Ver.di einen Anfang November verkündeten „Solidarpakt der

Einschränkungen“ ausgehandelt, um „Jobs zu sichern“. Verwirrend dabei, dass Ver.di Sachsen am 10. September dieses Jahres Meldungen des Geschäftsführers der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Wilhelm Georg Hanns heftig widersprach: Es seien weder Tarifverhandlungen aufgenommen noch ein Tarifergebnis mit der LVB erzielt worden: „Vielmehr habe Hanns mit dem Betriebsrat der LVB, in gesonderten Verhandlungen, ohne Beteiligung von Ver.di, über eine Interessenausgleich beraten.“

ver.di betriebliche Vereinbarungen abschließen will, die nur im Rahmen eines Tarifvertrages zu regeln sind.“ Das war sozusagen Schnee vom Sommer. Denn inzwischen hat Ver.di den zwischen Betriebsrat und LVB-Geschäftsführung vereinbarten „Kompromiss“ vom August als Verhandlungsgrundlage akzeptiert. Schlimmer Betriebsrat? Schlimme Gewerkschaft? Wirklich schlimm: Die Geschäftsführung hatte die Belegschaft erpresst: Entweder sie akzeptiere ein Kürzungspaket von 20

Millionen oder die KollegInnen würden in eine Betriebsgesellschaft mit geringeren Löhnen überführt werden. Ende August warnte der Betriebsrat die MitarbeiterInnen: „... dass unser Arbeitgeber Herr Hanns sich mit der festen Absicht trägt, die LVB-Mitarbeiter spätestens nach der Fußball-WM 2006 in das Tochterunternehmen LSVB überzuleiten. ... Es sollen mindestens 170 Euro monatlich weniger sein und das ist erst der Anfang des Lohndumpings.“ Weitere Erpressung: Ohne Kostensparung müsse das Unternehmen Insolvenz anmelden. Eine spontane Protestkundgebung von über 300 KollegInnen vor der LVB-Zentrale blieb folgenlos, der Betriebsrat war offenbar zu gelähmt, um die Wut der KollegInnen für weitere Kampfmaßnahmen zu organisieren. In dieser Si-

uation konnte sich Ver.di nur noch mit an den Verhandlungstisch setzen. Aber waren das angesichts der Daumenschrauben, die schon vorher angelegt wurden, überhaupt Verhandlungen gleichberechtigter Partner? Denn heraus kam: LVB-Mitarbeiter arbeiten auch künftig 40 Stunden für 38 Stunden Lohn, sie verzichten auf einen Tag Zusatzurlaub für Schichtarbeit und vor allem auf große Teile künftiger Tarifierhöhungen. Womit die mittelfristige LVB-Planung wieder auf gesunden Füßen stehe, wie Hanns tri-

Sittenwidriger LVB-Lohnraub

Damals erklärte Karl Heinz Biesold, zuständig für Verkehrsexperte und Tarifkoordinator von Ver.di in Sachsen: „Bis heute liegt mir weder ein schriftliches Verhandlungsangebot der LVB, noch eine Antwort auf mein Schreiben vom 11. August vor, in dem die Geschäftsführung aufgefordert wurde mit uns in Tarifverhandlung zu treten.“ Ver.di vermutet hinter der Vorgehensweise des Geschäftsführers vielmehr den strategischen Versuch, einen Keil zwischen Gewerkschaft und dem Betriebsrat zu treiben. Biesold: „Ich kann mich des Eindrucks nicht verwehren, dass Herr Hanns mit seinem Vorgehen bewusst die Tarifautonomie unterlaufen will. Nur so ist es zu erklären, dass ein ehemaliger Tarifsekretär der Gewerkschaft ÖTV, der jetzt in Arbeitgeberfunktion handelt, ohne Verhandlungen mit

Millionen oder die KollegInnen würden in eine Betriebsgesellschaft mit geringeren Löhnen überführt werden. Ende August warnte der Betriebsrat die MitarbeiterInnen: „... dass unser Arbeitgeber Herr Hanns sich mit der festen Absicht trägt, die LVB-Mitarbeiter spätestens nach der Fußball-WM 2006 in das Tochterunternehmen LSVB überzuleiten. ... Es sollen mindestens 170 Euro monatlich weniger sein und das ist erst der Anfang des Lohndumpings.“ Weitere Erpressung: Ohne Kostensparung müsse das Unternehmen Insolvenz anmelden. Eine spontane Protestkundgebung von über 300 KollegInnen vor der LVB-Zentrale blieb folgenlos, der Betriebsrat war offenbar zu gelähmt, um die Wut der KollegInnen für weitere Kampfmaßnahmen zu organisieren. In dieser Si-

umphiert. Bis 2008 bekommen die LVBler, was Ver.di künftig auch allgemein aushandelt, nur 40 Prozent davon, ab dann bis 2012 nur die Hälfte aller Tarifierhöhungen. Das betrifft, wie LVB-Geschäftsführer Hanns frohlockt, auch eine mögliche bis dahin erzielte Ost-West-Angleichung. Desweiteren wird der Urlaub um einen Tag reduziert. Das Urlaubsgeld wird komplett gestrichen usw. usf. **Eine Arbeitsplatzgarantie gibt diese Streichorgie laut Aussage des Geschäftsführers allerdings nicht.** Wer stellt eigentlich Strafantrag gegen solche Vereinbarungen, die am Ende dann nicht einmal vor sogenannten betriebsbedingten Kündigungen schützen? Sittenwidrigkeit dürfte angesichts solcher Zumutungen noch der geringste Vorwurf sein. • **mx**

Seit drei Jahren fällt auf die Leipziger Buchmesse ein Schatten, der Jahr für Jahr größer wird und das Bücherfest zunehmend negativ beeinflusst. Es ist der Schatten der Militarisierung – hervorgerufen durch die Präsenz der Bundeswehr, die hier keine Literatur ausstellt, sondern getarnt als „Friedenstifter“ Nachwuchs für ihre weltweiten kriegerischen Aufgaben zu rekrutieren versucht. Gegen diesen Missbrauch der Buchmesse protestierten von Anfang an das PEN-Zentrum und Schriftsteller wie Peter Handke, Kerstin Hensel, Hermann Kant, Harry Rowohlt, Gerhard Zwerenz sowie Verlage (u. a. Argument, Eulenspiegel/Das Neue Berlin, Nautilus, Ossietzky, PapyRosa). Und nicht zuletzt protestierte eine große Zahl Besucher mit ihrer Unterschrift gegen den militärischen Missbrauch der Buchmesse. Kürzlich nun hatte die diesjährige Protestdemonstration auf dem Messegelände vor dem Leipziger Amtsgericht ein juristisches Nachspiel. Während die Messeleitung 2003 die von Verlegern organisierte und angekündigte Protestdemonstration noch duldete, so ließ sie in diesem Jahr Bereitschaftspolizei und Feldjäger gewaltsam gegen die Demonstranten vorgehen. Dabei wurde der Sprecher der Demonstranten, Dietmar Koschmieder von der Tageszeitung *junge Welt*, an Händen und Füßen gefesselt aus der Halle geschleppt. Anschließend erstattete der Messe-Geschäftsführer, Josef Rahmen, gegen Dietmar Koschmieder Anzeige wegen Körperverletzung, da er ihn gegen das Schienbein getreten hätte. Für die Staatsanwaltschaft gab es bei so einem renitenten Antimilitaristen offensichtlich keinen Zweifel an der Behauptung Rahmens, so dass sie eine Hauptverhandlung nicht für erforderlich hielt

Protest gegen Militarisierung der Buchmesse bestraft

und Dietmar Koschmieder nach § 407 der Strafprozessordnung einen Strafbefehl über 1600 Euro wegen "Körperverletzung in Tateinheit mit versuchter Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte" zustellen lies. Da der so Bestrafte gegen diese Entscheidung Einspruch einlegte, kam es nun doch zur Hauptverhandlung. Für die Staatsanwaltschaft und für Josef Rahmen wurde sie zu einer Niederlage. Bereits der erste Zeuge, der als Postenfürer auf dem Messegelände eingesetzte Polizist, musste einräumen, dass er von einem Tritt Koschmieders gegen Rahmen nichts gesehen hat. Rahmen hätte wohl, so der Zeuge, als er von hinten auf Diet-

mar Koschmieder herangetreten war und ihn am Arm berührte, nach einer „Abwehrreaktion“ das Gleichgewicht verloren, sei dadurch gefallen. Auch drei weitere von der Staatsanwaltschaft aufgebogene Zeugen vermochten Rahmens Behauptung nicht zu stützen, so dass Rahmen mit seiner Anschuldigung letztlich alleine dastand. Verteidiger Johannes Eisenbergs Vorschlag, angesichts dieser Beweislage das Verfahren nach § 153 der Strafprozessordnung einzustellen, fand nicht die Gegenliebe der Staatsanwältin, stand für sie doch immer noch der "Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte" im Raum. Schließlich einigte man sich, das Verfahren nach § 153a gegen Zah-

lung von 600 Euro für eine gemeinnützige Organisation einzustellen. In einer Presse-Information der Leipziger Messe vom 28. März, einen Tag nach dem Polizeieinsatz gegen die Demonstranten, ließ die Messeleitung verlauten, dass "auch künftig ... die Bundeswehr ... auf der Leipziger Buchmesse willkommen" sei. Und künftigen Protestierenden wird von besagtem Josef Rahmen zugleich angekündigt, dass die Messeleitung ihrer „Sorgfaltspflicht nachkommen“ und „wenn es sein muss, auch von unserem Hausrecht Gebrauch“ machen werde. Es wäre im Interesse des Rufs der Leipziger Buchmesse, wenn deren Veranstalter ihre „Sorgfaltspflicht“ dahingehend wahrnehmen würden, die Militarisierung der Buchmesse durch die Bundeswehr künftig zu unterbinden. • **EDMUND SCHULZ**



Der Skandal hört nimmer auf! Die Leitung der Leipziger Messe scheint geradzum verliebt in das Militär zu sein. Weshalb sich nun Anwerber sogar auf der Touristik & Caravanning 2004 herumtreiben konnten. Zwischen Wohnmobilen, Reisebüros, Fremdenverkehrsämtern und Wassersportangeboten – der fröhliche Freizeitverein Marine! Er präsentiert sich unter den 1140 Ausstellern „mit Modellen der neuesten Schiffe und Boote. Außerdem steht ein Flug- und Fahrsimulator bereit, um einen Eindruck von einem Arbeitsplatz auf Schiffen der Marine zu bekommen. Hier kann der Einsatz mit dem Bordhubschrauber einer Fregatte hautnah miterlebt werden“ – die scharfe Munition wurde ausnahmsweise weggelassen, um den Urlaubsspaß nicht zu verderben.

Zahlreiche Bauwerke, haben schon vor ihrem Bau oder ihrer Rekonstruktion eine eigene Geschichte. Interessante Fakten dazu bietet die Arbeit des sogenannten Großen Planungsbeirates, der meist zweimal jährlich als Sitzung des Fachausschusses Stadtentwicklung/Bau – erweitert um externe hochkarätige Fachleute aus der gesamten Bundesrepublik – tagt und sich intensiv mit ausgewählten Themen der Stadtentwicklung beschäftigt. Er entstand zu Zeiten des aus der BRD gekommenen Niels Gormsen (Vorgänger des derzeitigen Planungsdezernenten Lütke Daldrup). Dieser Ausschuss stellte und stellt vor allem in der Innenstadt hohe Ansprüche an gestalterische Qualität – was übrigens nicht zwangsläufig mit höheren Kosten verbunden ist, aber oft zu einer besseren Architektur führte. So ist für das Stadtzentrum bei Neubauten ein Fassadenwettbewerb durchzuführen, wenn der Ausschuss dem Entwurf nicht zustimmt. Als die Deutsche Bank die Baulücke in ihrem Quartier am Burgplatz schließen wollte, musste der Entwurf zweimal überarbeitet werden, bis der Planungsausschuss schließlich zustimmte. Was die Vertreter der Deutschen Bank zu der respektvollen Bemerkung veranlasste, dass sie solchem Selbstbewusstsein nicht in vielen Städten begegnen.

Specks Hof gehört wegen seiner Fassade, vor allem aber wegen seiner sanierten historischen Passagen, zu den Attraktionen der Leipziger Innenstadt. Dies war vor allem der konsequente Haltung des damaligen Planungsausschusses zu verdanken. Die Passagen und die Innenhöfe sollten nach den ursprünglichen Planungen des Investors zugun-

Leipzigs Wandel – nur eine Erfolgsgeschichte?

Stadterneuerung gelingt nur mit vielen Ideen

sten eines riesigen Atriums verschwinden.

Das alles kam mir in den Sinn, als jetzt der Passage-Verlag den Autor Niels Gormsen und den Fotograf Armin Kühne zur Präsentation ihres neuen Buches „Leipzig – Stadt des Wandels“ (192 Seiten, 28 Euro) in das Grassmuseum eingeladen hatte. Es ist die Fortsetzung von „Leipzig. Den Wandel zeigen“, das 2000 im Verlag Edition Leipzig erschien.

Anlass der Herausgabe ist der 15. Jahrestag der 89er Ereignisse, denen am Anfang breiter Raum eingeräumt wird. Aber anders als im Buch stimmen nicht wenige Akteure von damals inzwischen nachdenklichere Töne an. So konnte sich Pfarrer Führer in seinem Beitrag leider nur zu den Ereignissen von 1989 äußern. Wer dies tut, sollte in einem Buch, das von den nachfolgenden Jahren berichtet, dann aber bitteschön auch Montagsdemonstrationen und Mahnwachen zum Beispiel gegen Sozialabbau, gegen Kriege in vielen Teilen der Welt, sowie gegen Neonazis, erwähnen.

Ohne jeden Zweifel hat sich Niels Gormsen in den Jahren zwischen 1990 und 1995 als Planungsdezernent und Beigeordneter große Verdienste um die städtebauliche Entwicklung Leipzigs erworben. Im Gegensatz zu anderen aus dem Westen Gekommenen wurde er nicht nur für kurze Zeit Leipziger. In

einer Gesprächsrunde mit Gästen aus Großbritannien sagte er 1994 einmal, dass er versuche, wie ein Leipziger zu denken und zu fühlen. Wenn ihm das nicht gelänge, höre er genau zu, was seine Planungsausschussmitglieder sagen. Als Pensionär engagiert er sich heute für zahlreiche Vorhaben wie die Öffnung von Flussläufen in Leipzigs Innenstadt und den Erhalt von Gründerzeithäusern sowie die Gestaltung der Tagebaufolgelandschaft im Südraum.

Gormsens zweites Buch berichtet nun also davon, was in den letzten 15 Jahren vor allem bei der Stadterneuerung in Leipzig erreicht wurde. Verluste, weniger Gelungenes und Defizite werden ausgespart oder nur angedeutet.

Im Vorwort stimmt auch Oberbürgermeister Tiefensee in den Jubel ein: „Heute können wir selbstbewusst sagen: Der übergroße Teil unserer städtischen Gebäudesubstanz ist saniert, die Erneuerung der Verkehrsinfrastruktur ist weit fortgeschritten, viele Schulen sind instand gesetzt, eine Fülle neuer wissenschaftlicher Einrichtungen ist entstanden. Wichtige Projekte privater Investoren und der öffentlichen Hand, wie die Errichtung des Güterverkehrszentrums, die Fertigstellung des Porsche-Werks, der Neubau des BMW-Werks, die Arena Leipzig, oder die Sanierung des Bundesverwaltungsgerichts und der

Universitätsbibliothek haben das Gesicht unserer Stadt in den letzten Jahren gewandelt.“

Neben den Erfolgen zählen zur Realität aber ebenso zahlreiche noch nicht oder schon wieder zu sanierende Straßen, der massenhafte Leerstand von Wohnungen, von Büro- und anderen Gewerbeflächen, was zum Abriss

baulich intakter Wohnungen führt.

Wer den Anspruch erhebt, in der DDR ausschließlich Defizite und Mängel zu erkennen, muss diesen Maßstab zuerst auch an das eigene Tun anlegen. Ein Gast merkte während der Buchpräsentation an, dass nach den vielen Büchern über die unbestrittenen Fortschritte, nunmehr auch eines über Abgerissenes erscheinen müsste. Wie wahr. Das Buch ist auf jeden Fall ein schönes Geschenk, mit dem bekennende Leipziger „ihre“ Stadt Freunden und Bekannten näher bringen können.

• SIEGFRIED SCHLEGEL

Anzeigen

ROT macht SINN

Weihnachtsfeier der Leipziger PDS

Freitag, 17. Dezember 2004, 18:00 Uhr

Kulturbundhaus, Elsterstraße 35

Karten sind in der PDS-Geschäftsstelle erhältlich.

Eintritt: 6/10 Euro (Büffet im Preis enthalten)

mit musikalischen Überraschungen

www.pds-leipzig.de



Basiskonferenz

Der PDS-Stadtvorstand Leipzig lädt für den 1. Dezember 2004, 18:00 Uhr alle InteressentInnen zur Basiskonferenz ins Volkshaus, verdi-Saal, V. Etage, ein.

Thema: Auswertung des Bundes- und Landesparteitages

www.pds-leipzig.de



SO SEHE ICH DAS



Von nichts kommt nichts

Der von Sachsens NPD aufgestellte Ministerpräsidentenkandidat Leichenring erhielt 14 Stimmen – obwohl die Rechtsextremen nur 12 Sitze im Parlament haben. Das schlug wie eine Bombe ein. Wer sind die Undemokraten? Peinlich zudem: Der amtierende Ministerpräsident Georg Milbradt konnte erst in einen zweiten Wahlgang wieder ins Amt gehievt werden.

Von nichts kommt nichts! Und schon gar nicht kommen die 12 Parlamentssitze der NPD, die ja das eigentliche Thema sind, aus dem luftleeren Raum. Tatsache ist, die NPD konnte enttäuscht, ins Abseits geschobene Wähler mühelos sozusagen am Wegrand der blühenden Landschaften auflesen, aus der Nichtwählerschaft und aus früheren Anhängern aller sich demokratisch nennenden Parteien. Gar mancher sah womöglich gar nichts Böses darin, die NPD zu wählen.

Wie auch, wenn die Medien die „gefährliche Toleranz“

gegenüber Zuwanderern bedienen. LVZ-Chefredakteur Bernd Hilder schmierte dieser Tage etwas von der „naiven Multikultiromantik“ der grünen Linksaußen und Berufsprovokateure zusammen, dass man glaubt, eine NPD-Zeitung in der Hand zu haben.

Wie auch, wenn Ministerpräsident Milbradt nach seiner Wahlschlappe nun die „Angst der Menschen“ vor Überfremdung ernster nehmen will.

Wie auch, wenn sie vom Traum des Ex-Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf (CDU) in seinem veröffentlichten Tagebuch lasen: „Wir wohnten in unserem Haus am Chiemsee ... Am hinteren Gartentor standen einige Menschen brauner Hautfarbe ... Plötzlich kamen weitere Menschen in weißen Gewändern, zum Teil mit Turbanen und weißen Kopfbedeckungen. Sie warfen Abfall in den Garten, zum Teil in zerbeulten Behältnissen. Eines dieser Behältnisse flog in die Nähe des Hauses und fing an zu brennen. Die Menschen fingen an, in den Garten einzudringen. Ihnen voran kam ein kräftig gewachsener großer Mann mit weißem Turban und weißem Gewand auf mich zu. Er hielt einen schweren Gegenstand in der Hand, mit dem er mich angreifen wollte. Dann endete der Traum.“ Nicht aber Biedenkopfs Phantasie: „Können wir die Menschenrechte noch aufrechterhalten, jetzt wo sie allenthalben anerkannt werden, wenn fremde Völker in unser Land drängen, unsere kulturellen Wurzeln bedrohen?“

Als ein gewisser Henry Nitzsche aus Sachsen für die CDU in den Bundestag einzog, erklärte er, nicht in einem Land leben zu wollen, „in dem der letzte Ali aus der letzten Moschee Zuflucht nehmen“ kann. „Arbeit statt Zuwanderung“ hatte er seinerzeit in hiesigen

Blättern inseriert. Schon 1996 wies ihm sein Landesvorsitzender Fritz Hähle die Richtung: „Ich bin stolz, ein Sachse zu sein, und ich bin stolz, ein Deutscher zu sein. Das muss man öffentlich sagen dürfen, ohne sofort gebrandmarkt zu werden.“

Der sattsam als gefährlicher Rechtsaußen bekannte Leipziger Volker Schimpff (das CDU-Wahlergebnis brachte ihn um seinen Listenplatz im Landtag und gegen den PDS-Mann Dietmar Pellmann wagte er sich nicht noch einmal, den Kampf um das Direktmandat aufzunehmen) hatte als Vorsitzender des Verfassungs- und Rechtsausschusses (!) verkündet, sein Mitleid „hielte sich in Grenzen“, wenn in Deutschland verurteilte Straftäter in ihrem Heimatland Peitschenhiebe bekämen und ihnen Fußfesseln angelegt würden. Auch die Frage „Wollt ihr etwa, dass ein Türke in Sachsen Bürgermeister wird?“ blieb für ihn folgenlos.

Sachsens Ex-Justizminister Steffen Heitmann und einstiger Bundespräsidentenkandidat der CDU fragte sich nach einem Besuch in Stuttgart, wo ihn ein „kulturelles Gemisch von verschiedensten Menschen“ behelligte: „Bist du hier eigentlich noch zu Hause?“ Wenn ein „unkontrollierter Schwall von Leuten nach Deutschland hineinschwappt“, tue eine „Drosselung der unkontrollierten Ausländerschwemme“ not. Die „Überfremdung der Deutschen durch Ausländer“ – „das Wort ‚Überfremdung‘ weckt bei mir keine Assoziationen mit der Nazi-Zeit, sondern das ist ein Begriff aus der Psychologie“ – müsse aufgehalten werden.

Verwunderlich ist doch lediglich, dass nur zwei Stimmen außerhalb der NPD für Leichenring abfielen.

• MAXI WARTELSTEINER



Schwerer Start für Milbradt

Geldbeutel- statt Leistungseliten?

Zu den Äußerungen des sächsischen Ministerpräsidenten Georg Milbradt über die Einführung von Studiengebühren erklärt der Vorsitzende der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag, Prof. Dr. Peter Porsch:

Die Gesellschaft hat die Pflicht, ihr Wissen an die nächste Generation weiterzugeben, dabei geht es nicht um den Verkauf einer Ware, sondern um die Grundvoraussetzung der Zukunft unseres Gemeinwesens.

Besonders befremdlich finde ich, wenn nun ausgerechnet Politiker einer Generation, die als erste ohne Studiengebühren studieren konnte, den nachfolgenden Generationen eben solche Gebühren wieder auferlegen wollen. Welches Modell des Zahlens man sich dabei ausdenkt, ist zweitrangig – man kann nicht einerseits nach mehr Elite rufen und gleichzeitig dafür sein, dass die Zugehörigkeit zur Elite nicht von der Leistung, sondern vom Geldbeutel abhängt.

Ich fordere Herrn Milbradt auf, sich auf eine Steigerung der Attraktivität sächsischer Hochschulen zu konzentrieren und nicht auf die Erfindung abschreckender Maßnahmen.

LN. Noch von der Wahlniederlage seiner Partei und dem Einzug der NPD in den Landtag belastet, hat Georg Milbradt arg angeschlagen seine Wiederwahl zum sächsischen Ministerpräsidenten überstanden. Dass zwei Wahlgänge für seine Bestätigung im Amt nötig waren, dass er beide Male nicht das Vertrauen aller CDU-Abgeordneten erhielt und vermutlich zwei Abgeordnete aus seiner Fraktion für den NPD-Kandidaten votierten, sorgt bis heute für Irritationen und aufgeregte Diskussionen in der Fraktion und der ganzen Partei.

Als anfechtbar bezeichnete die PDS auch die Form der Wahlzettel, die nur ein Ja für Milbradt oder den NPD-Kandidaten, aber kein Nein vorsah, ansonsten nur Enthaltung.

Vier neue Minister sind im Ka-

binett, davon zwei von der SPD (siehe Sachsen-Chronik und Foto). Die früheren Minister Rasch (Inneres), Rößler (Wissenschaft), Gillo (Wirtschaft) und Mannsfeld (Kultus), die sich in der vergangenen Wahlperiode am meisten durch Skandale und umstrittene Entscheidungen hervorgetan haben und der öffentlichen Kritik ausgesetzt waren, wurden ersetzt.

Die Atmosphäre ist bei der CDU ist nun geprägt durch das Hoffen auf den Zusammenhalt der Koalition und durch laute Beteuerungen, die aber wie Pfeifen im Walde klingen.

Inzwischen wählte der Landtag auch seine Ausschüsse. Die PDS stellt die Vorsitzenden des Haushaltsausschusses (Ronald Weckesser), des Sozialausschusses (Horst Wehner) und des Petitionsausschusses (Bettina Simon).

Kein gutes Signal in Richtung Polen und Tschechien

LN. Der Landtags hat auf Vorschlag von CDU und SPD seinen Europaausschuss abgeschafft. Dazu erklärte der Europapolitiker der PDS-Fraktion, Heiko Kosel: „Fürwahr ein Zeichen von politischem Provinzialismus in einer Zeit, in der der europäische Gedanke auch von Vertretern dieser Parteien bei jeder sich bietenden Gelegenheit heraufbeschworen wird; nicht zuletzt auch im Koalitionsvertrag.“ Er wertet die Entscheidung als ein schlechtes Zeichen nach innen und als ein verkehrtes Signal nach außen, besonders an die Nachbarländer Polen und Tschechien. Er fragt, wie das Verfassungsgebot der nachbarschaftlichen Zusammenarbeit umgesetzt werden soll,

wenn die Europapolitik als Anhängsel dem ohnehin überlasteten Verfassungs- und Rechtsausschuss zugewiesen wird. Auch die Aussage im Koalitionsvertrag über die Rolle Sachsens im erweiterten Europa werde durch die Abschaffung des Ausschusses und die Streichung des eigenständigen Europaressorts in der Regierung unglaubhaft. „CDU und SPD werfen ohne Not Instrumente und Strukturen der europäischen Zusammenarbeit über Bord. Nach der Erweiterung der EU hat jedoch gerade die Zusammenarbeit der Mitgliedsländer an Gewicht und Umfang gewonnen. Diese zu gestalten ist Pflicht des Freistaates Sachsen. Darauf bauen auch unsere Nachbarn.“



Milbradts neue Ministerriege (v.l.n.r.): Geert Mackenroth, Hermann Winkler, Horst Metz, Barbara Ludwig, Thomas Jurk, Geord Milbradt, Stanislaw Tillich, Helma Orosz, Thomas de Maizière, Steffen Flath

Rechnungshofbericht als CDU-Sündenregister

LN. An dem Tage, als Ministerpräsident Milbradt dem Landtag sein Ministerkabinett präsentierte, legte der Sächsische Rechnungshof seinen Jahresbericht vor – ein unbefriedigendes Abgangszeugnis für die scheidende Regierung, wie André Hahn von der PDS-Fraktion feststellte. Auffällig ist, dass gerade in jenen Ministerbereichen, die neu besetzt wurden, „eine gewisse Ressortmüdigkeit der bisherigen Verantwortungsträger, eine wachsende Dickhäutigkeit bei aufgezeigten Mängeln sowie Kraft- und Saftlosigkeit bei der Bewältigung neuer Herausforderungen“ erkennbar sind. Beispielhaft dafür steht das Innenministerium mit unbewäl-

tigten Problemen der Polizei- und der Verwaltungsreform sowie der Personalpolitik.

Kritisiert werden die Ex-Minister Rößler, Rasch und Gillo für das Versagen in ihren Ressorts. Der Ex-Oberbürgermeister von Riesa wird negativ erwähnt wegen seiner Verabschiedungsfete für 20000 Euro, ebenso die CDU-Landtagsabgeordnete Kerstin Nikolaus, Bürgermeisterin von Hartmannsdorf, wegen des Missbrauchs von Fördermitteln nach dem Hochwasser im Jahre 2002. Der Rechnungshof bemängelte generell einen derartiger Missbrauch. Von 82 geprüften Maßnahmen mussten 31 beanstandet werden.

Elf Einsprüche im Wahlprüfungsausschuss

Dem Wahlprüfungsausschuss des Landtags liegen elf Einsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl vom 19. September vor. Eine Beschwerde kommt von der parteilosen Barbara Lässig. Sie äußerte Zweifel an der Gültigkeit der PDS-Landesliste, die nicht korrekt zustande gekommen sei. Ein weiterer Einspruch

richtet sich gegen die Aufstellung des CDU-Direktkandidaten Wolfram Köhler, ehemaliger Olympia-Staatssekretär. Er habe zum Zeitpunkt seiner Aufstellung seinen Wohnsitz nicht in Sachsen gehabt.

Am 17. Dezember will der Ausschuss über eine weitere Prüfung beider Fälle entscheiden.

9. November

Berlin. Leipzig erhält offiziell den Zuschlag für das europäische Luftfahrtkreuz des Kurierdienstes der Deutschen Post, DHL, das von Brüssel bis 2008 abgegeben wird. Postchef Zumwinkel kündigt die Schaffung von 10.500 Arbeitsplätzen in der Region an.

Oschatz. Das Amtsgericht verurteilt den Bürgermeister von Wermisdorf, Bernd-Dieter Lehmann, wegen Verleumdung und versuchter Nötigung auf dem Fußballplatz zu 16.500 Euro Geldstrafe.

10. November

Dresden. Ministerpräsident Milbradt wird vom Landtag erst im zweiten Wahlgang, in dem die Mehrheit der abgegebenen Stimmen gilt, im Amt bestätigt. Mindestens fünf Abgeordnete der Koalition verweigern ihm ihre Stimme. Der Kandidat der rechtsextremistischen NPD, Leichsenring, erhält 14 Stimmen bei nur 12 Mandaten seiner Fraktion.

11. November

Dresden. Der sächsische Regierungschef ernannt die Mitglieder seines Ka-

SACHSEN-CHRONIK

9. bis 22. November

binetts: Thomas Jurk (Wirtschaft und Stellvertreter des Regierungschefs), Barbara Ludwig (Wissenschaft und Kunst) – beide SPD, Helma Orosz (Soziales), Horst Metz (Finanzen), Thomas de Maizière (Inneres), Geert Mackenroth (Justiz), Steffen Flath (Kultus), Stanislaw Tillich (Umwelt) und Hermann Winkler (Chef der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten) – alle CDU.

Chemnitz. Die Sächsische Anlagen- und Maschinenbau GmbH (SAM) ist zahlungsunfähig und hat ein Insolvenzverfahren beantragt. Das Unternehmen hat 190 Mitarbeiter.

12. November

Coswig. Die Eco Elektrotechnik GmbH meldet Insolvenz an. Als Grund werden

erhebliche Verluste bei Immobiliengeschäften genannt. Damit seien Kredite nicht mehr ausreichend gesichert. Gegenwärtig beschäftigt das Unternehmen 106 Mitarbeiter.

13. November

Dresden. Ministerpräsident Milbradt erklärt, mit einer stärkeren Beachtung der Themen Heimat und Zuwanderung an die rechtsextreme NPD verlorene Wähler zurückzugewinnen zu wollen.

15. November

Dresden. Die SPD-Landtagsfraktion wählt Prof. Dr. Cornelius Weiss zu ihrem Vorsitzenden. Er tritt die Nachfolge von Thomas Jurk an.

Dresden. Ministerpräsident Milbradt plädiert für die Einführung von Studiengebühren. Die SPD hatte sich bisher

strikt dagegen ausgesprochen.

Dresden. Trotz geringer Erhöhung der Anzahl der Handwerksbetriebe im Freistaat seit Jahresbeginn kann der Sächsische Handwerkstag in den Ergebnissen der Herbstumfrage keine Anzeichen für eine Besserung der Situation erkennen.

17. November

Leipzig. 1140 Aussteller aus 50 Ländern und Regionen, 90 mehr als 2003, nehmen an der Touristik & Caravan-Messe teil.

19. November

Dresden. Der Wettiner Albert Prinz von Sachsen Herzog zu Sachsen will in die Heimat seines Adelshauses ziehen. Das ehemalige sächsische Königshaus wolle zu einem festen Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens im Freistaat werden.

20. November

Dresden. Auf dem Kleinen Parteitag der Grünen Sachsens verspricht Landtagsfraktionschefin Antje Hermenau der SPD, ihr in der Koalition mit der CDU in einigen Punkten den Rücken zu stärken. Die Delegierten fordern die Parteien auf, sich von der NDP zu distanzieren.

Von **MANFRED BOLS**

Im Jahre 1952 wurde in der Schokoladenfabrik VEB Halloren Halle eine außergewöhnliche Praline kreiert, die bis heute nicht an Beliebtheit eingebüßt hat. Sie besteht je zur Hälfte aus Sahne- und aus Kakaomasse, ist mit zarter Schokolade umhüllt und zergeht ohne großen Widerstand im Mund beim Walken zwischen Zunge und Gaumen. Ihre Form wurde damals den runden Silberknöpfen an den Trachten der Halloren nachempfunden und man gab ihr deshalb auch den Namen Hallorenkugel.

Halloren nannten sich seit dem 18. Jahrhundert im engeren Sinne die Salzwirker der Salzsiederei in Halle an der Saale. Seit dem 10. Jahrhundert wurde in der dort befindlichen Saline Salz gewonnen, das für die Entwicklung der Stadt von außerordentlicher Bedeutung war. So ist es nicht verwunderlich, daß den „Halleuten“, wie die Halloren anfänglich genannt wurden, später immer wieder einmal ein Denkmal gesetzt wurde, in diesem Fall durch eine Praline.

Konfekt des „kleinen Mannes“

Die „Original Halloren Kugel“, einst auch Saaleperle genannt, war bereits in der DDR sehr preiswert – die 125g Packung kostete 2,25 Mark – und auch heute hebt sie sich mit ihrem Preis von 95 Cent deutlich gegenüber anderen ähnlichen Angeboten ab. Damit ist sie vor allem für den „kleinen Mann“ erschwinglich. Man befördert die rote (!) Schachtel – in der DDR war sie beige, später blau – so nebenbei in den Einkaufswagen, ohne dass sie die Gesamtsumme spürbar belastet und kann dann zu Hause zwölfmal zugreifen. „Höchstqualität im Niedrigpreisbereich“ nennt sich das in der Sprache der Ökonomen.

Inzwischen hat die Halloren Schokoladenfabrik GmbH, wie sie seit der Übernahme und aufwendigen Modernisierung durch einen Privatinvestor nach der Wende heißt, Hallorenkugeln in vielen neuen Geschmacksrichtungen und weitere Spezialitäten auf den Markt gebracht. Produktion und Vertrieb entwickelten sich erfolgreich. 3000 t Schokoladenerzeugnisse verlassen jährlich die Fabrik, wobei die östlichen Bundesländer Hauptabsatzmarkt sind.

Wechselvolle Geschichte der Schokoladenfabrik

Wenn man von Osten kommend auf der Delitzscher Straße die Stadtgrenze von Halle passiert, fällt auf der linken Seite sofort der helle Gebäudekomplex der Schokoladenfabrik ins Auge. Im Erdgeschoss des Fronthauses befinden sich eine Fabrikverkaufsstelle und ein großes Café, in dessen benachbartem Raum rund um die Uhr ein Präsentationsfilm läuft, der einen Überblick über die Geschichte des Werkes und seine Produktion gibt.

Alles fing an mit der Gründung einer kleinen Honigkuchenbäckerei durch August Miethe im Jahre 1804. 1851 übernahm Friedrich David die Konditorei und begann dann 1870 mit der Herstellung von Schokolade und Pralinen. 1933 wurden die Besitzer der David Söhne AG gezwungen, die Firma wegen des Verdachts des jüdischen Ursprungs umzubenennen.

Eine Praline, die es in sich hat

Die beliebte Hallorenkugel begeistert seit über fünfzig Jahren die „Naschkatzen“



Aus 40 kg Sahne-Kakao-Masse und 10 kg Kuvertüre wurde diese 1 x 1 Meter große Hallorenkugel hergestellt.

Man wählte den Namen Mignon Schokoladenwerke. Während des zweiten Weltkrieges, als Rohkakaolieferungen immer mehr ausblieben, kam die Produktion zum Erliegen. Ab Januar 1944 baute man in den stillgelegten Teilen der Fabrik Flugzeuge. Diese Kriegsproduktion war 1945 die Ursache für die Zerstörung des Werkes durch anglo-amerikanische Bomber.

Soll Backgroundmusik DDR-Erfolge übertönen?

Nach der Verstaatlichung und dem Wiederaufbau entstand 1952 das Werk unter dem neuen Namen *Halloren Halle*, der auch von der GmbH übernommen wurde. Auch die Hallorenkugel blieb nach der Wende Aushängeschild und Hauptumsatzträger.

Warum wird im genannten Film die DDR-Zeit verbal herabgewürdigt? Wozu als Backgroundmusik das Lied: „Die Partei, die Partei, die hat immer recht“?

War der frühere volkseigene Betrieb etwa nicht produktiv und erfolgreich? Im Schokoladenmuseum in der ersten Etage des Gebäudes wird immerhin belegt: 800 Beschäftigte, davon 80 Prozent Frauen. Frauen waren es auch, die noch 1989 9000 t Schokoladenerzeugnisse produzierten (Hallorenkugeln, Mokka-pralinen, Mokketten, Kokosflocken mit Schokoladenüberzug, Nougatpralinen, Weinbrandbohnen und -kirschen).

Umsatzsteigerung trotz kriselnder Süßwarenbranche

An der Verkostungstheke des Fabrikverkaufsrums steht eine vollschlanke ältere Dame und lässt sich die dort angebotenen Kugeln schmecken. Immer wieder schließt sie genießerisch die Augen. In ihrem Warenkorb stapeln sich Pralinen-schachteln. Wir kommen ins Gespräch. Sie heißt Ulla Lindau und kommt aus der

Nähe von Bielefeld. Seit ihr Verwandte in den achtziger Jahren die Kugeln schickten, kommt sie nicht mehr davon los. „Bei uns gibt es die Dinger ja kaum“, beschwert sie sich.

Tatsächlich – nach Firmenangaben erfolgt der Absatz der Produkte hauptsächlich in den östlichen Bundesländern. Sage und schreibe 98 Prozent der einschlägigen Supermärkte und Lebensmittelgeschäfte werden hier mit den schwarzbraunen Kugeln beliefert.

Halloren hat sich den Titel „Deutschlands älteste Schokoladenfabrik“ zugelegt und startete im Jubiläumsgeschäft 2004 (200. Geburtstag) eine breite Werbekampagne.

Festwochen, Produktpräsentationen in Einkaufszentren, ein Schokoladenbüchlein, das Schokoladenzimmer – man ließ sich etwas einfallen. Auch „Schokoladenbotschafter“ wurden ernannt. Zu ihnen gehört auch Hans Dietrich Genscher, der

allerdings mit dafür verantwortlich ist, dass in Jugoslawien ganz andere Kugeln flogen.

2004 konnte die Halloren Schokoladenfabrik mit ihren 100 bis 150 Arbeitskräften (saisonal schwankend) ihr Wachstum entgegen dem Trend (3,4 Prozent Rückgang der Erlöse im ersten Halbjahr in der Süßwarenbranche) fortsetzen. So erhöhten sich die Einnahmen um rund 14 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Allein der Hallorenkugeln-Absatz stieg um knapp 25 Prozent. Und auch bei der „Listung“ in den westlichen Bundesländern konnten erste Durchbrüche erzielt werden.

Um die weiteren ehrgeizigen Ziele finanzieren zu können „begibt“ (Fachausdruck) die Halloren Schokoladenfabrik eine Unternehmensanleihe in Form der Inhaber-Teilschuldverschreibung. Das Volumen beträgt 10 Mill. Euro, die Stückelung erfolgt ab 1000 Euro. Interessenten können für eine Laufzeit von 5 Jahren Anteile zu einem jährlichen Zinssatz von 7 Prozent erwerben. Ihnen ist zu wünschen, dass der Appetit der Verbraucher auf Hallorenkugeln auch in Zukunft wächst.



Halloren-Fabrikgebäude in Halle

Zum Ende sei noch erwähnt, dass die Form der Silberknöpfe, denen die Hallorenkugeln nachempfunden wurden, mit dem „Lerchenstreichen“ zusammenhängen soll. Die Halleschen Salzwirker hatten seit dem 15. Jahrhundert das Privileg des Vogelfangs. Vor allem die massenhaft auftretenden Lerchen, die als Schädlinge galten, waren damals ein Leckerbissen. Man verpackte die frischen Lerchenbroiler mit dem Hintern nach oben in Kisten und transportierte sie so zum Verkauf z. B. zur Leipziger Messe. Der Anblick wurde mit den wulstigen Silberknöpfen verewigt. Man muss ja nicht unbedingt daran denken, wenn man die Pralinen-schachtel öffnet

Albert Norden

am 4. Dezember 1904 geboren



Entlarvung des Bonner Ministers Hans Krüger als Kriegsverbrecher

Albert Norden – geboren am 4. Dezember 1904 im oberschlesischen Myslowitz als Sohn des Rabbiners Dr. Joseph Norden (der 1942 im KZ Theresienstadt ums Leben kam) – schloss sich bereits als Gymnasiast der sozialistischen und später kommunistischen Jugendbewegung an. 1921 trat er der KPD bei und wurde Herausgeber der „Rundbriefe der radikal-sozialistischen jüdischen Jugend“. Nach einer Schreinerlehre wandte er sich voll der journalistischen Tätigkeit zu. Er war unter anderem politischer Redakteur und später stellvertretender Chefredakteur der „Roten Fahne“ in Berlin.

Ende April 1933 emigrierte Norden nach Dänemark. In Kopenhagen übernahm er die Chefredaktion der Zeitschrift „Die antifaschistische Front“, ab 1935 bis 1938 wirkt er in Basel und Prag als Redakteur der Komintern-Zeitschrift „Rundschau“. 1938/39 ist er Mitglied der KPD-Leitung in Paris, wird aber Anfang 1940 interniert. Es gelingt ihm, aus dem Lager nach Mexiko zu entkommen, von wo aus er in die USA gelangt. 1944 wird er Mitbegründer des „Council for a Democratic Germany“ in den USA.

1946 nach Deutschland zurückgekehrt, nahm er in der SBZ leitende Presseaufgaben wahr, so als Chefredakteur von „Deutschlands Stimme“. Mit der Gründung der DDR übernahm er die Leitung der Hauptabteilung Presse des von Gerhard Eisler geleiteten Amtes für Information der Regierung. Im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Slansky-Prozesses tritt A. Norden zunächst in den Hintergrund. Dennoch erfolgte 1952 seine Berufung zum Professor für neuere Geschichte an der Humboldt Universität Berlin.

Von ihm ausgeübte politische Funktionen – in denen er nicht selten seine Zuhörer durch packende Reden begeisterte – waren: Sekretär des Ausschusses für Deutsche Einheit, Mitglied des Präsidiums des Nationalrats der Nationalen Front, Mitglied und Sekretär des Zentralkomitees sowie Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED, Abgeordneter der Volkskammer der DDR, Mitglied des Präsidiums des Friedensrates der DDR und des Büros Weltfriedensrates und dessen Vizepräsident, Mitglied des Staatsrates der DDR.

Die Bitte von Mitgliedern des Politbüros des ZK der SED an Breshnew um Unterstützung bei der Ablösung Walter Ulbrichts hat Norden nicht unterschrieben. Bereits durch eine schwere Krankheit gekennzeichnet, wurde es zunehmend still um ihn. 1981 kam er nicht mehr ins neu gewählte Politbüro.

So brillant seine Reden, so aussagekräftig waren seine Publikationen. Viele wurden Bestseller. Zu nennen sind vor allem: „Lehren deutscher Geschichte“ (1947), „So werden Kriege gemacht“ (1950), „Zwischen Berlin und Moskau“ (1954), „Das spanische Drama“ (1961), „Die Nation und wir“ (1964), „In Aktion für das sozialistische Vaterland“ (1969), „Fünf Jahrzehnte im Dienst seiner Klasse“ (1974), „Der Mensch im Mittelpunkt“ (1979), „Ereignisse und Erlebtes“ (1981).

Es war ein besondere Tragik, dass dieser scharfsinnige Publizist, Journalist und Politiker in seinen letzten Lebensjahren an der Parkinsonschen Krankheit litt. Am 30. Mai 1982 verstarb er in Berlin.

• KURT SCHNEIDER

Eine noch immer aktuelle Analyse

Ob Kriegslügen, SPD-Politik oder

„So werden Kriege gemacht“ heißt eines der brillant geschriebenen Bücher, die ALBERT NORDEN hinterließ.

Hier aus dem Kapitel „Wem hilft die Große Koalition?“ der 4. und stark erweiterten Auflage aus dem Jahr 1968 (Dietz Verlag Berlin). Es geht um die Zeit nach dem nur dreijährigen Agieren des Adenauer-Nachfolgers Erhard als die BRD schon einmal in eine ernsthafte Wirtschaftsrezession geriet:

Nach 20 Jahren bankrotter Revanchepolitik drängte sich nunmehr gebieterisch die Notwendigkeit auf, einen neuen Weg einzuschlagen. Man erwartete von der Sozialdemokratie, ihn zu weisen und zu gehen. Ihre Führung wollte nicht. Sie setzte sich mit den verurteilten und nach Hilfe rufenden CDU-Ministern auf eine Regierungsbank – nicht etwa, um eine Umkehr des politischen Kurses zu erzwingen, sondern um sich mit Haut und Haaren der CDU-Politik zu verschreiben. Die Folgen waren klar und wurden übrigens von der DDR vorausgesagt. Die CDU gewann eine breitere Basis für ihre alte Politik, weil das Mitmachen der rechten sozialdemokratischen Führung die Sozialdemokratie in ein Anhängsel der „christlichen“ Partei verwandelte und diese es nicht mehr mit einer großen, wenn auch nur parlamentarisch agierenden Oppositionspartei zu tun hatte. Nunmehr von jeder ernsthaften parlamentarischen Opposition befreit, geriet die CDU in den Besitz der notwendigen Zweidrittelmehrheit für die Zerlöcherung des Grundgesetzes und die Schaffung von Diktaturvollmachten.

Was geschehen mußte, trat ein: Die Krise verließ das Haus der CDU und nistete sich in der SPD ein. Die sozialdemokrati-

sche Führung gewann viele Minister- und Staatssekretärposten und verlor Millionen Anhänger; all jene, die sich aus Protest gegen die reaktionär-aggressive CDU-Politik zur SPD bekannt hatten, und darüber hinaus einen beträchtlichen Teil ihres traditionellen Wählerstammes. Der Großbourgeoisie gelang es, durch die Bildung der Regierung der Großen Koalition mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Die CDU stabilisierte sich, und die SPD wurde schwer zurückgeworfen. Ihre Führung zog es vor, das imperialistische System zu retten, auch wenn dabei die SPD als Partei draufzahlte. Ihre Schwächung ist ein Gewinn für die Bourgeoisie, weil diese eine Partei braucht, die zwar wie Brandt, Wehner und Helmut Schmidt den Arbeitern die volksfeindliche Politik akzeptabel zu ma-

chen und sie von antifaschistisch-demokratischen Aktionen abzuhalten bereit ist, aber keine zu große Stärke erlangt. Rechtsens erscheint ein Teil der Mitglieder, Funktionäre und Wähler der SPD dem Großkapital suspekt, weil sie mit seiner Diktatur nicht einverstanden sind. Da man in der gegebenen Situation die Sozialdemokratie als Hilfe benötigt, benutzt man sie, aber reduziert sie gleichzeitig auf die Rolle des Minoritätspartners. Die Rechnung scheint aufzugehen, da die sozialdemokratische Führung selbst nach der Kette von Wahlniederlagen 1967 und 1968 entschlossen an dem außen- und innenpolitischen Kurs der CDU festhält.

Die rechten sozialdemokratischen Führer sagen zu ihrer Verteidigung, daß sie in der Stunde der Krise die CDU und den

Staat doch nicht sich selbst hätten überlassen können, sondern an beider Gesundung hätten mitwirken müssen. Sie rühmen sich seit Ende 1966, daß sie durch die Große Koalition „die Karre aus dem Dreck gezogen“ hätten. Stimmt!

Was geschehen mußte, trat ein: Die Krise verließ das Haus der CDU und nistete sich in der SPD ein. Die sozialdemokratische Führung gewann viele Minister- und Staatssekretärposten und verlor Millionen Anhänger; all jene, die sich aus Protest gegen die reaktionär-aggressive CDU-Politik zur SPD bekannt hatten ...

Fragt sich nur: für wen und auf wessen Kosten? Auf Kosten der Arbeiter und zum höchsten Nutzen der Unternehmer. Wer erst einmal den kapitalistischen Staat bejaht – und auf diese Plattform sind die sozialdemokratischen Führer offen mindestens seit 1914 übergegangen –, der muß zwangsläufig die Rolle des Arztes am Krankenbett des imperialistischen Ausbeutersystems spielen und wird jede Maßnahme zu seiner Rettung als „kleineres Übel“ zur Vermeidung des „größeren Übels“, nämlich der sozialrevolutionären Umwälzung, verteidigen und entschuldigen. Mit dieser Begründung, daß man die Politik des kleinen Übels betreiben müsse, stellten sich die rechten SPD-Führer im August 1914 hinter den kaiserlichen Imperialismus, als er in den ersten Weltkrieg zog. Mit derselben Begründung schlugen sie 1918/19 die Revolution nieder, verweigerten sie 1931 den Kampf gegen Kanzler Brüning's antiparlamentarische Notverordnungs politik, verweigerten sie 1932 den Kampf gegen den putschistischen Sturz ihrer eigenen sozialdemokratisch geführten Preußen-Regierung, verweigerten sie im Januar 1933



Nur noch Fotos erinnern an die große Zeit der Außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik und machmal auch daran, dass auf die „68er“ auch scharf geschossen wurde. Die Anführer haben ohnehin bald die Straße verlassen und –meist ihre Ideale verwerfend – den Marsch durch die Institutionen angetreten.

Fotos: Archiv

den von der KPD angebotenen Generalstreik gegen Hitlers Machtantritt, verweigerten sie nach der militärischen Vernichtung des Hitlerfaschismus die Einheitsfront mit den Kommunisten und trugen sie in den folgenden Jahren zum Wiererstehen der alten kapitalistischen Produktions- und Ausbeuterhältnisse in Westdeutschland bei.

Aber jedes Mal in der Geschichte dieses Jahrhunderts hat die Politik des „kleineren Übels“ zum größten Übel für das Volk geführt: 1914 in den ersten Weltkrieg, später zum Hitlerfaschismus und in der Gegenwart zur Stärkung des Monopolkapitalismus und seiner offen nazistischen Thadden-Partei.

Die rechtssozialdemokratischen Führer haben sich nicht nur das Programm des Imperialismus zu eigen gemacht. Sie setzen es aktiv mit durch und führen als Begründung dafür an, wie Herbert Wehner es 1968 formulierte, die Sozialdemokratie wolle sich nicht noch einmal aus dem Staat herausdrängen lassen. Der Imperialismus mag also weiter seine Politik unverändert, ja verschärft betreiben – die rechten sozialdemokratischen Führer stellen nicht etwa eine Alternative, sondern nur die Forderung auf: „Wir wollen mit von der Partie sein.“

So tief sind die Leute gesunken, deren Politik tatsächlich derjenigen der CDU

erschreckende und heftig beunruhigende rapide Wachstum einer Partei, die den Mittelschichten alles verspricht, einschließlich der Beendigung der wirtschaftlichen Überfremdung, die den rasenden Haß gegen die Staaten des Sozialismus, zügellosen Nationalismus und Antisemitismus, den Pogrom gegen links und „Rache für Potsdam“ predigt und damit einiges offen ausspricht, was die CDU/CSU-Führung heimlich denkt. Das Verhalten der rechten sozialdemokratischen Führer treibt Ungezählte ihrer getäuschten und enttäuschten Anhänger geradewegs dem offenen Faschismus in die Arme. Die NPD ist ebenso ein Ge-

Aber jedes Mal in der Geschichte dieses Jahrhunderts hat die Politik des „kleineren Übels“ zum größten Übel für das Volk geführt: 1914 in den ersten Weltkrieg, später zum Hitlerfaschismus und in der Gegenwart zur Stärkung des Monopolkapitalismus und seiner offen nazistischen Thadden-Partei.

schöpf des Monopolkapitals, wie seinerzeit Hitlers NSDAP es war. Beide beziehen ihre Stärke neben der finanzkapitalistischen Unterstützung vor allem aus der fehlenden antifaschistischen Aktions-

Willkür im Bundestag durchgepeitscht, der sich nur noch als eine Filiale des Kabinetts und nicht etwa als Volksvetretung versteht. Das revanchistische, die bestehenden Grenzen leugnende und damit kriegsvorbereitende Handeln findet so seine Ergänzung im Kampf gegen alle, die im eigenen Land für Frieden und Demokratie wirken. Denn diese Gesetze heben wichtige politische und soziale Grundrechte und Freiheiten der Werktätigen auf oder schränken sie wesentlich ein.

Sie schaffen alle Voraussetzungen, um das Leben des Volkes der Vorbereitung eines Aggressionskrieges unterzuordnen und die Gewerkschaften in die von Strauß und Kompagnon geschmiedete Zwangsjacke zu pressen.

Mit den Notstandsgesetzen wird über den Einsatz der Polizeiorgane hinaus Tür und Tor geöffnet für die militärische Intervention der Bundeswehr gegen die Opposition in der Bundesrepublik;

wird das „Widerstandsrecht“ der Bürger gegen jeden verkündet, der die bestehende Ordnung antastet, das heißt, König Lynch tritt mit seinem individuellen und Massenterror der neonazistischen Banden auf den Plan;

werden die Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit und das Postgeheimnis außer Kraft gesetzt und in die Hände der

Natürlich steht das ganze Revancheprogramm auf tönernen Füßen. Aber selbst an seine Vorbereitung könnte ohne die sozialdemokratischen Führer nicht gedacht werden. Strauß weiß das – und darum schreibt er in seinem Buch: „Eine Große Koalition würde sicherlich eine Initiative für den großen Entwurf einer *deutschen Europa-Politik praktikabler machen – schon deshalb wäre sie wünschenswert.*“ Man braucht also die sozialdemokratischen Führer für die Kriegspolitik. Aber man braucht sie auch, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen: „Eine Große Koalition könnte einige notwendige Reformen durchführen, die mit einer anderen Konstellation nicht möglich sind.“ Die hervorragendste dieser „Reformen“ war die als Notstandsgesetze verkleidete militaristische Diktaturvollmacht. Freilich, ohne die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hätte es weder ihre Annahme noch andere Maßnahmen gegeben, durch die der bürgerlichen Demokratie das Dasein auf dem Schindanger beschert wird. Darum ist Strauß für die zeitweilige Große Koalition. Sie soll den Feinden der Sozialisten in der Bundesrepublik und jenseits ihrer Grenzen das Kriegsinstrumentarium in die Hand geben, soll allen Arbeitern das Mitbestimmungsrecht verweigern, der Industriegewerkschaft Metall und ihren Funk-

Renazifizierung – alles wie gehabt

wie ein Zwilling dem anderen gleicht. Bestürzte Massen, die von der Sozialdemokratie eine neue Politik erhofft und ihre frühere verbale Opposition gegen die Regierung der Millionäre für bare Münze genommen hatten, fühlen sich mit Recht übers Ohr gehauen und wandern zu Unrecht ins Lager der Neonazisten, die eine Alternativpolitik in Worten anbieten. In Wirklichkeit hat das Finanzkapital Pate bei der Geburt dieser Partei gestanden, deren Berufung die Sammlung möglichst vieler vom Regime benachteiligter Kreise und Schichten unter Führung alter und neuer Nazis ist.

Am Wegrand der monopolkapitalistischen Politik bleiben alltäglich viele Hunderte zerschmetterter bäuerlicher, gewerblicher und handwerklicher Existenzen liegen. Wo sollen sie sich politisch hinwenden? Ihnen den Weg nach links zu versperren – dazu dienen KPD-Verbot und Pogromhetze der Regierung und ihrer Springerschen Massenpresse, der Polizei und Justizterror gegen alles, was demokratisch und antifaschistisch ist. So wurde der Boden bereitet für die Renazifizierung und für das die ganze Welt

einheit der Demokraten.

Die ungeheure geschichtliche Schuld der Sozialdemokratie liegt darin, daß sie an allen Wendepunkten der Geschichte dieses Jahrhunderts der Einheitsfront mit der Reaktion den Vorzug gab gegenüber der Einheitsfront der Linken, der Demokraten, der Antifaschisten. So hat die Koalition der Sozialdemokratie mit der CDU/CSU zu einem Rechtsdruck geführt, zu einer Verschärfung des Kurses gegen das eigene Volk und die sozialistischen Staaten. Das lag in der Logik der Dinge. Die erste Phase der Nachkriegsperiode hatte ihr Ende gefunden, die Zentralisation und Konzentration des Kapitals in wenigen Händen ein bisher unbekanntes Maß erreicht, begleitet von der Zusammenballung auch der politischen Macht bei den selben Kräften. Das mußte folgerichtig auch der inneren Reaktion und den chauvinistischen Bestrebungen einen Auftrieb geben, da nun einmal Imperialismus Diktatur der Reaktion im eigenen Land und Eroberungspolitik nach außen ist.

Ende Mai 1968 wurden die Notstandsgesetze trotz des Volkswiderstandes von der Bonner Regierung mit bedenkenloser

SS-Leute des Verfassungsschutzes gelegt;

wird das Verbot sogar wirtschaftlicher Streiks legalisiert und die Aussperrung der Unternehmer gegen Streikende ebenso sanktioniert wie die Einschränkung des Rechts auf Freizügigkeit, das heißt, den Gewerkschaftsfunktionären kann verboten werden, bestreikte Betriebe aufzusuchen;

wird der Regierung die Möglichkeit gegeben, den Kriegszustand nicht erst wie bisher im sogenannten Verteidigungsfall, sondern auch im Spannungsfall auszurufen, das heißt, bei jeder der Reaktion genehmen Situation;

wird ausdrücklich der NATO das Recht zur Verhängung des Notstandes in der Bundesrepublik gegeben, ohne das westdeutsche Parlament auch nur zu fragen oder zu informieren.

Die Notstandsgesetze sollen also schon in Friedenszeiten diejenigen unschädlich machen, die den Aggressionskrieg verhindern wollen. Die Arbeiter und ihre Organisationen müssen an die Kette, um die Annexionisten von der Kette los lassen zu können.

tionären den Kampf ansagen, den Mordterror gegen die Studenten führen, die den Notstandsgesetzen und dem USA-Angriffskrieg in Vietnam widerstehen und sich darum von Strauß als „Ungewaschene und Verdreckte“ beschimpfen lassen müssen, die „die Situation verpesten“ – geradezu ein Freibrief für Morde. Je verhaßter ihm die Gewerkschaften, die Studenten, die Friedensfreunde schlechthin sind, um so vertrauter gestaltet sich das Verhältnis von Strauß zur offen nazistischen NPD, mit der ihn in Bayern wahlpolitische Abkommen, örtliche Fraktionsgemeinschaften und direkte persönliche und geschäftliche Beziehungen zur berüchtigten „National- und Soldaten-Zeitung“ verbinden.

Aggressive Außen- und reaktionäre Innenpolitik des Bonner Regimes sind - wie die gegenwärtigen Praktiken zeigen - nicht voneinander zu trennen, sie bedingen sich gegenseitig.

Redaktionelles PS aus dem Jahr 2004: Die Bonner Notstandsgesetze sind bis heute offiziell nicht aufgehoben.



Märchen für Feinschmecker

Im „Theater hinterm Eisernen“ des Leipziger Schauspielhauses gibt es ein auf deutschen Bühnen selten gezeigtes Werk zu bestaunen: *Blaubart*. Ein Ammenmärchen von Ludwig Tieck (1773–1853). Es entführt uns in die Welt des blaubärtigen Frauenmörders, dessen historische Vorlage der 1440 in Nantes hingerichtete Gilles de Laval sein soll. Die erste französische Fassung des Blaubart-Märchens stammt von Perrault (1697). Hundert Jahre später dramatisierte Tieck den Stoff.

Ritter Peter Berner, genannt Blaubart, überläßt seiner frisch angetrauten Agnes die Schlüssel für die Zimmer seiner Burg. Sie darf in alle Zimmer, nur nicht in das siebente, wo der goldene Schlüssel paßt. Dazu gesellen sich Agnes Schwester Anne und ihre sehr verschiedenen Brüder Leopold, Anton und Simon sowie ein Arzt namens Marloff und seine Kinder Reinhold und Brigitte. Die melancholische Grundstimmung, die Regisseur Boris von Poser gefühlvoll, zuweilen poetisch über die Szenerie wie einen dicken Nebel legt, führt in eine Welt voller Irrationalität und düsteren Vorahnungen. Thomas Dehler als Peter Berner, dessen blauer Bart wie eine Tätowierung wirken soll, spielt sauber, mit Unterton in Moll, durchaus ambitioniert. Kleiner Scherz: statt Rüstung trägt er in einer Szene ein T-Shirt mit dem Konterfei der aktuellen Königin von England. Seine ernsthaft liebende und von Neugierde gepeinigte Gattin Agnes wird von Carolin Conrad verkörpert, temperamentvoll brodelnd.

Die Nebenfiguren sind facettenreicher und vielschichtiger als üblicherweise komponiert. Torben Kessler läßt seinen Simon zwischen Narrheit und Wahnsinn wandeln und nach dem Herzen handeln. Mit ihrer schüchternen Introvertiertheit und naiven Unschuld begeistert Melika Foroutan als Brigitte. Berndt Stübner gelingt es, uns einen zwiespältigen, zwischen übersteigter Vaterliebe und Wahnsinn getriebenen Marloff zu zeigen. Nicht zu vergessen: die musikalisch-szenische Begleitung durch den Gitarristen Jens Legler.

• D. M.

Staatsblem der DDR wieder freie Marke

LN. Das DDR-Staatswappen ist nicht mehr patentrechtlich geschützt und steht als freies Markenzeichen jedem zur Verfügung. Das Münchner Marken- und Patentamt hat eine früherer Markeneintragung, die ein Karlsruher Geschäftsmann erreicht hatte, wieder gelöscht, teilt der Eulenspiegel Verlag mit, der die Löschung beantragt hatte.

Stürmisch gefeiert: Chailly und Masur

Die herausragenden Musikereignisse der letzten beiden Wochen: Riccardo Chailly, der künftige Gewandhaus- und Opernchef mit Giuseppe Verdis *Requiem* im Opernhaus, Kurt Masur, der langjährige Gewandhauskapellmeister mit Ludwig van Beethovens Pastorale und Dmitri Schostakowitschs Fünfter im Gewandhaus.

Verdi vertonte den Text der katholischen Totenmesse mit allen Möglichkeiten seines Musikdramas, ließ dabei die Tragödien *Don Carlos* und *Aidas* musikalisch nachklingen und nahm Stürme Othellos voraus. Beethoven schuf mit seiner *Pastoral-Sinfonie* ein erhebendes und bewegendes lyrisches Drama des Naturerlebens. Und Schostakowitsch bannte mit seiner fünften Sinfonie, wie erst später zu erfahren und zu begreifen war, die Tragödie des stalinschen Terrors in eine Tondichtung von erschütternder Gewalt und tief berührender Sehnsucht nach Menschlichkeit.

Chailly formte die enormen Gegensätze zwischen zarten Bitten um ewigen Frieden und den beklemmenden Ängsten vorm jüngsten Gericht mit aller Dramatik und bis zur äußersten Grenze getriebenen Gegensätzen in der Lautstärke aus. Der Gewandhauschor, der sinfonische Giuseppe-Verdi-Chor Mailand und das Gewandhausorchester wie die hervorragenden Solisten Carmela Remigio, Gloria Scalchi, Massimo Giordano und Orlin Anastassov folgten dabei auch noch

den kleinsten Fingerzeigen des Dirigenten. Ebenso erfüllt waren unter Masur die beiden Sinfonien zu erleben. Beethovens Pastorale erklang innerlich bewegt und klanglich ausgewogen mit vielen feinen Nuancen. Die Gegensätze der Schostakowitsch-Sinfonie trieb Masur bis zum Äußersten. Mit aller Zärtlichkeit formte er die Klagen aus, mit aller Härte erklangen die Dissonanzbalancen bis zur Schmerzgrenze. Und dazwischen bewegte (wie in Chaillys Verdi-Interpretation) einer ganzer Mikrokosmos empfindungsreicher Klänge.

Eine andere stark berührende Vertonung des Requiem-Textes, nämlich die von Antonín Dvorák, war im 3. MDR-Matineekonzert mit den von Hartmut Haenchen suggestiv geleiteten Rundfunk-Klangkörpern zu erleben. Das Werk prägt im Unterschied zu Verdis Vertonung trotz aller auch hier erreichten Steigerungen mehr die innere Dramatik. Hartmut Haenchen sorgte für eine sorgfältig ausbalancierte, spannungsgeladene Wiedergabe, in der sich vor allem der von Howard Arman einstudierte Rundfunkchor auszeichnete.

Ein gutes Zeichen für die Musikstadt ist, dass dieses Requiem auch vom Leipziger Oratorienchor und einem vom MDR-Konzertmeister Andreas Hartmann angeführten Orchester unter Leitung von Martin Krumbiegel in der voll besetzten Heilig-Kreuz-Kirche stark beeindruckend erklang.

Aus dem Reigen der Konzerte verdient das *Amerika* benannte des Sinfonieorchesters der Mendelssohn-Hochschule für Musik und Theater unter Leitung des englischen Dirigenten Michael Rosewell besondere Anerkennung. Mit der Orchesterballade *Tam O'Shanter* von George Whitefield Chadwick, der 1877/79 am Leipziger Konservatorium studierte, wurde nicht bloß an diese einst lebhaften Beziehungen erinnert, sondern vor allem das Ringen um eine amerikanische Musik in jener Zeit weitergehend verdeutlicht. Mehr als dieses wirkungsvolle Stück und Charles Ives *Drei Plätze in Neu-England* lagen den musizierfreudigen Studenten das Klarinettenkonzert von Aron Copland und Leonrad Bernsteins Sinfonische Tänze aus der *West Side Story*. Hervorragend die virtuose koreanische Klarinetistin Chul-Kyung Lee als Solistin des Copland-Konzertes.

Ins immer noch schmale Repertoire der Leipziger Oper wurde Peter Konwitschnys 1991er Inszenierung von Giacomo Puccinis Oper *La Bohème* unter der sicheren musikalischen Leitung Axel Kobers in völliger Neubesetzung aufgenommen. Marika Schönberg als empfindungsstarke Mimi und Ainhoa Garmendia als temperamentgeladene Musetta wecken die stärksten Eindrücke der insgesamt Beifall findenden Gestaltung

• WERNER WOLF/GUNTER HEMPEL

Werner Tübkes phantastisches Welttheater

Es sollte eigentlich noch eine Würdigung seiner „Meisterblätter“ zu Lebzeiten werden. Doch das Schicksal wollte es anders. Werner Tübke durfte sie nicht mehr miterleben. Nachdenklich und betroffen nehmen die Leipziger seine „Meisterblätter“-Ausstellung im Neubau des stadthistorischen Museums an. Viele können es immer noch nicht realisieren, dass er, der uns mit seinen mystischen Harlekinaden und seinem altmeisterlichen Blick auf das Welttheater zum Grübeln brachte, nicht mehr unter uns weilt. Rund achtzig Zeichnungen und Aquarelle – thematisch von Vorstudien zum Bauernkriegspanorama bis hin zu seinen Italienreisen reichend – stehen im Dialog mit einigen seiner Historien Gemälde. Die Exposition, die zuvor im Schleswig-Holsteinischen Landesmuseum / Schloss Gottorf zu sehen

war, wird um einige Schätze aus dem Privatbesitz von Brigitte Tübke, dem Museum der Bildenden Künste und der Verbundnetz Gas AG (*Herbst* 1989) bereichert. Sein vielfältiges Oeuvre spiegeln auch die liebevoll gestalteten Landschaftsaquarelle wider, die immer seine Passion waren, und von dankbarer Lebensfreude und Naturliebe kündeten. Seltsam nekrologisch berührt sein unvollendetes Ölgemälde: im Stadium der Skizze verbleibend, mit Konturen und etwas Farbe. Als einer der drei Gründungsväter der „Leipziger Schule“ gehört er in den Olymp der bildenden Künste. Wovon wir uns wieder einmal ein Bild machen können.

• D. M.

Bis 30. Januar 2005 im Neubau des Leipziger Stadtgeschichtlichen Museums, Böttchergäßchen 3, dienstags bis sonnabends 10-18 Uhr.

Was Erich Kästner in Leipzig schrieb

Dieses Buch ist schon lange überfällig, also überwiegt die Freude, dass sich einer (Klaus Schuhmann) hingesetzt hat, um in Zeitungen und Zeitschriften verstreute Arbeiten von Erich Kästner zu finden: Diese Funde aus *Neue Leipziger Zeitung*, *Leipziger Tageblatt*, *Drachen*, *Stachelschwein* u.a. ordnete er chronologisch. Sehr sinnvoll, weil man bei der Lektüre eine Entwicklung feststellen kann. Das alles aus dem „Zeitungsgrab“ (so etwas zu marktschreierisch auf der Verlags-Homepage), herausgeholt zu haben, bleibt eine große, anerkennenswerte Leistung. Auch wenn nicht alle Funde berücksichtigt werden konnten, weil das einen zweiten Band bedeutet hätte. Das mag man bedauern, aber vielleicht entschließen sich Herausgeber und Verleger zu einem solchen Band, erst dann wäre vollständig versammelt, was

Kästner in Leipzig schrieb, auch wenn manche Brotarbeit darunter zu finden ist. Außer „Gedichte, Prosa, Publizistik“ enthält Schuhmanns Buch „Briefe und Postkarten“ und damit, nicht genug zu loben, erstmals alle auffindbaren Briefe, die Kästner an seine in Dresden lebende Mutter aus Leipzig schrieb.

Ein flüchtiger Vergleich zeigt: der Leipziger Kästner-Forscher bietet 27 bislang noch nicht veröffentlichte Briefe und damit mehr als Luiselotte Enderle in ihrer Auswahl *Mein liebes, gutes Mutchen, Du!* (Hamburg 1981), er ergänzte gleichfalls etliche Auslassungen, die Frau Enderle vorgenommen hatte.

Das ausgesprochen gut lesbare Nachwort gibt viele detaillierte Auskünfte über die Zeit. In den „Anmerkungen zu dieser Ausgabe“ werden die Empfänger der Briefe aufgeführt. Doch

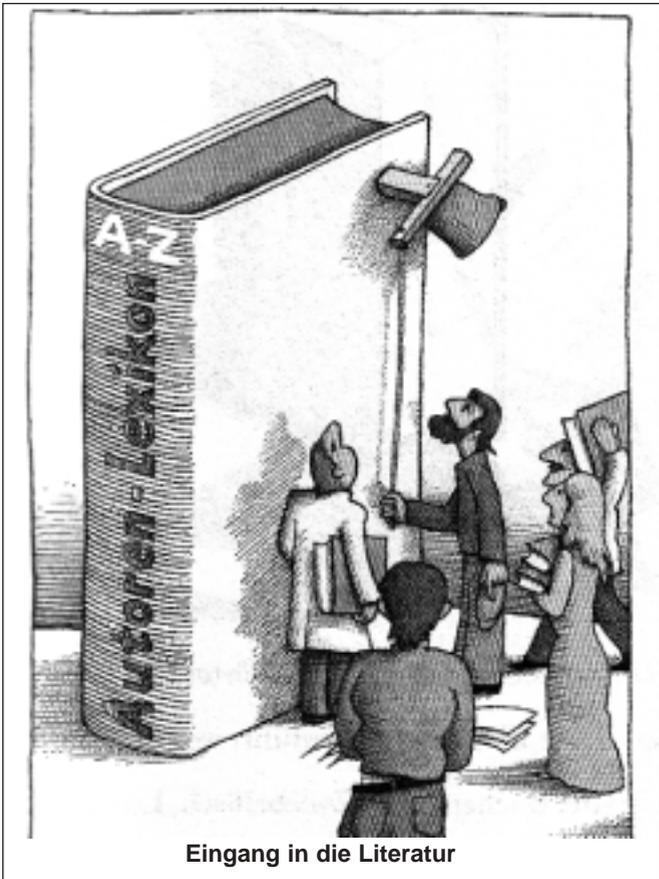
lediglich sie zu benennen, ist zu wenig. Ein Personenregister, das alle im Buch vorkommenden Namen plus Erläuterung enthält, fehlt, was ein arges Manko für ein sonst so solid erarbeitetes Werk ist.

Ohne Zweifel macht sich der Herausgeber auch um die Entschlüsselung von Kästners diversen Pseudonyme verdient. Grundlegend täuscht er sich, wenn er den Namen eines außergewöhnlich fleißigen Zeitungsschriftstellers zu einem der Kästner-Decknamen erklärt. Fiete Fischer (1901-1988) lebte und arbeitete in Dresden und versorgte in den 20er und 30er Jahren u.a. den *Drachen*, die *Weltbühne* und das *Tagebuch* mit Glossen und Kritiken. Nach 1945 war er in der DDR-Presse der meist gedruckte Anekdoten-Autor. Im *Tagebuch* besprach Fiete Fischer ein Reimann-Buch und wertete es als „banniger

Gips“. Wie man wohl auch den Irrtum des Herausgebers benennen könnte, steht doch Fischers Vita in der, pardon, wenn ich von uns rede, von meiner Frau und mir besorgten Auswahl aus dem *Drachen* (Connewitzer Verlagsbuchhandlung Peter Hinke 2002). Ein Blick in dieses Buch hätte ihn wohl zu einer anderen Aussage kommen lassen. Die fälschlicherweise fünf Fischer-Texte sollten in einer zweiten Auflage getilgt werden. Doch auch mit ihnen sei diese „literarische Ausgrabung der Extraklasse“ (Klappentext) dringend zur Lektüre empfohlen.

• WOLFGANG U. SCHÜTTE

Erich Kästner, *Der Karneval des Kaufmanns. Gesammelte Texte aus der Leipziger Zeit 1923-1927*. Herausgegeben von Klaus Schuhmann. Lehmann-Verlag, Leipzig 2004, 492 S., gebunden, 19,90 Euro



Eingang in die Literatur

Dem Bücherfreund sind sie bestimmt schon öfter begegnet, jene heiteren und vielfach hintersinnigen Bilder zur Bücherwelt und artverwandten Phänomenen. Nun hat Faber & Faber daraus ein Buch gemacht, das zu besitzen Ehrensache eines jeden Bücherliebhabers sein sollte. Von A wie Abgestellt bis Z wie Zum Schluß der Punkt reicht der „Karneval der Bücher“, den Elmar Faber mit einem Vorspruch einleitet und der mit einer Kurz-Vita des Künstlers abschließt, der von sich sagt: „Weil mir zu anderen mehr einfällt als zu mir selbst, bin ich Illustrator geworden.“ *Illustr. Papband, 141 S. mit 120 z.T. farbigen Abb., 22 Euro.*

Romantiker der Revolution

Schon Titel und Untertitel lassen aufmerken. Und dann nimmt man das Buch in die Hand und liest und liest ... Ich glaube, nur angelsächsische Autoren können wissenschaftliche Darstellung und eine stilistische gefällige, spannende Darbietung so gekonnt vereinen. Ein Lob auch dem Übersetzer! Das Buch ist zuerst 1933 durch den bekannten Russlandhistoriker E. H. Carr (1892-1982) publiziert worden, nun liegt es Deutsch vor. Leider verzichtet der Verlag (wie bedauerlicherweise immer bei diesen Ausgaben) auf weiterführende bibliographische Hinweise bis in die Gegenwart oder auf anderes kommentierendes Material. Das Buch steht eben im Raum – aber das ist vielleicht auch gut so. Es geht um die „zweite Welle“ der großen russischen Revolutionäre, um Alexander Herzen, Nikolai Ogarkow, Michail Bakunin und viele andere von geringerem Format, die der russischen Befreiungsbewegung im Kampf gegen den Zarismus von den vierziger bis zu den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts im Ausland, noch vor den Volkstümlern, aufopferungsvoll gedient haben. Das wäre schon genug. Aber Carr vertiefte sich intensiv in die persönlichen und familiären Verhältnisse seiner Protagonisten – und da wird es spannend, denn er schrieb einen

oder sogar mehrere Romane: über die Liaison von Herzens erster Frau Natalie mit Georg Herwegh, über die spätere Ehe zu dritt zwischen Herzen, Ogarkow und dessen Frau Natascha usw. usf. Hat da jemand schon 1933 die Klatschspalten der Regenbogenpresse bedient? Nein, mit aller Entschiedenheit: nein. Es ging Carr um die Verbindungen von politischer Position und menschlicher Haltung, um familiäre Konflikte und menschliches Versagen, letztlich um Sein oder Nichtsein der russischen revolutionären Bewegung Mitte des 19. Jahrhunderts. Vieles ist von Carr sehr scharfsichtig beobachtet, die Recherchen entsprechen dem damaligen Materialstand, Marx fällt leider weitgehend heraus aus der Betrachtung. Aber jeden, den die russische Geistes- und Sozialgeschichte nur ein wenig interessiert, sollte zu diesem Buch greifen – es sind vergnügliche Lektürestunden.

• ERHARD HEXELSCHNEIDER

Edward Hallett Carr: *Romantiker der Revolution. Ein russischer Familienroman aus dem 19. Jahrhundert. Aus dem Englischen von Reinhard Kaiser. Eichbarn Verlag Frankfurt am Main 2004 (Die Andere Bibliothek. Hrsg. von Hans Magnus Enzensberger). 432 Seiten. 30 €.*

„Ich stürze aus meinen idealischen Welten, sobald mich ein zerrissener Strumpf an die wirkliche mahnt“

Friedrich Schillers 200. Todestag im kommenden Jahr wirft seine Schatten voraus. Mehrere Verlage kündigen neue Biografien an, mit Sigrid Damms „Das Leben des Friedrich Schiller. Eine Wanderung“ liegt die des Insel Verlags bereits vor.

Ein weiteres Buch über Friedrich Schiller ist angesichts seines 200. Todestages im Mai 2005 durchaus gerechtfertigt. Trotzdem kann gefragt werden, worin das Neue oder wenigstens das Besondere dieses Buches besteht: Der Untertitel *Eine Wanderung* soll auf den Weg der Verfasserin zu Schiller weisen, auf den sie ihre Leser mitnehmen möchte. Und da kann nun der Leser neben Bekanntem auch viel Unbekanntes erfahren, so dass für den Interessierten die Lektüre auf jeden Fall Gewinn bringt.

Die Autorin hat sich in die Lebensdokumente – vorwiegend Briefe – verliebt, besonders in jene, die, über die Erläuterung der Werke und ästhetisch-poetologische Debatten hinaus, Schillers Alltagsexistenz, sein Menschsein, die Hoffnungen und Nöte beleuchten. Sagen wir es so: Schillers Werke sind die Gipfel, die Säulen, die über alles andere in diesem Dichterleben hinausragen, sie sind die tragenden Elemente. Das Springen von Gipfel zu Gipfel wäre, da sie in diesem an Werken reichen Leben eng beieinander liegen, wohl möglich. (Es ist ein verbreitetes Verfahren in Künstlermonographien.) Die Verfasserin indes hat sich entschlossen, die Täler zu durchwandern. Und dadurch entsteht ein schönes Gesamtbild, welches weniger Bekanntes enthüllt. Dies ist zweifellos das große Verdienst dieses Buches! Gleichwohl ist es bedenklich, das Buch mit der Feststellung „Es bleibt nichts als das Werk“ als Resümee zu schließen, obwohl am Anfang verkündet worden ist: „Nicht das Werk ist Gegenstand meines Buches, es sind die Umstände und Bedingungen seiner Entstehung.“ Zur Erhellung der genannten

Bedingungen und Umstände wird eine Vielzahl aufklärender, bedeutender Dokumente, vorwiegend Selbstzeugnisse, mitgeteilt, auch solche, die man bisher überlesen oder als nebensächlich verdrängt hat. Es ist die geschickte Anordnung solcher Zeugnisse durch die Verfasserin, die nun zu aufmerksamer Lektüre zwingt. Im Buch wird der Zwiespalt zwischen enthusiastischem Hoffen und tiefer Enttäuschung über fortwährend fehl-schlagende Hoffnungen (nicht nur auf pekuniärem Gebiet) gezeigt. Solche Wunschvorstellungen entspringen einer rührend



Friedrich Schiller
10. 11. 1759 – 9. 5. 1805

anmutenden und gleichzeitig leichtfertigen Realitätsferne, ja Wirklichkeitsfremdheit. Im Buch wird auch die immer wieder interessante Haltung Schillers zur Französischen Revolution von 1789 genau dokumentarisch belegt und dargestellt. Den Rezensenten überzeugte jedoch am meisten, wie Sigrid Damm das Verhältnis von Schiller und Goethe anhand ihres Briefwechsels ins Licht rückt. Einem Teil des Lesepublikums mag dieser Briefwechsel bekannt sein und trotzdem kann man hier etwas sehr Interessantes entdecken: Die Beziehung von Mensch zu Mensch, das Persönliche, Private, Intime, jene Elemente, die die Arbeitsgemeinschaft zur Freundschaft werden lassen. Freilich, bei der Fülle der

Dokumente – nahezu lückenlos über zehn Jahre vorhanden und im Buch verarbeitet – braucht der Leser langen Atem, um die sich wiederholenden gegenseitigen Versicherungen allgemeinen Charakters über Wertschätzung und Gewinn der Verbindung für beider vielgestaltiges Werk durchweg mit Interesse aufnehmen zu können. Man hätte sich hier eine Reduzierung der Zeugnisse gewünscht, um dafür das Allgemeine durch Konkretes, zum Beispiel die Debatte über die Balladen (etwa „Die Kraniche des Ibykus“) lebendiger zu machen. Trotz allem: Weit über den Allgemeinplatz der „Dichterfreundschaft“ hinausgehend wird das Verhältnis Schiller – Goethe in zwei wesentlichen Aspekten informativ und auch spannend dargestellt. Einmal als Arbeitsgemeinschaft zweier Geister, die von unterschiedlichen Positionen ausgehend einem Ziel zustreben, nämlich Klassizität ihrer Kunst. Zum anderen als Ereignis, welches die gebildete Gesellschaft Weimars, Hof und bürgerliche Kreise, in gegenseitiger Spiegelung erscheinen lässt. Hier gelingt der Verfasserin gleichsam die Präsentation eines Kaleidoskops weimarscher Befindlichkeit im Jahrzehnt zwischen 1794 und 1805; sie kann, wenigstens partiell, ein kompaktes Bild der Weimarer Gesellschaft entstehen lassen, die übrigens mehr und Anderes als „Museum“ ist. Präzision und Einfühlsamkeit im Umgang mit den schriftlichen Zeugnissen zeichnen auch Sigrid Damms Beschreibungen von Porträts handelnder Personen aus. Leider vermisst man einige der Bilder im Buch. Wer das Buch gelesen hat, dem bleibt nicht nur Schillers Werk, sondern auch seine Persönlichkeit im Gedächtnis.

• DIETER PILLING

Sigrid Damm: Das Leben des Friedrich Schiller. Eine Wanderung. Insel Verlag, Frankfurt am Main und Leipzig 2004. 489 S., gebunden, 24,90 Euro.

Eine Erinnerung an einen Stötteritzer Poeten

Unter dem Leitspruch „Die Musen in der Amtsstube“ ist im Kroch-Haus am Augustsplatz eine Ausstellung zu betrachten, die Christian Felix Weiße (1726 – 1804) gewidmet ist. Anlass für die sehenswerte Exposition ist der 200. Todestag des Schriftstellers, Dichters und Herausgebers des „Kinderfreunds“, der ersten deutschen Jugendzeitschrift, am 16. Dezember. Gestaltet wurde die Ausstellung von der Kustodie und dem ger-

manistischen Instituts der Leipziger Universität. Weiße, der 1790 das Rittergut unteren Teils in Stötteritz erbte, war nicht nur ein fleißiger Verfasser von Singspielen, Komödien und Tragödien sondern auch von Kinderliedern. So manche Zeile daraus ist heute noch geläufig, etwa: „Froh zu sein, bedarf es wenig ...“ oder „Morgen, morgen! Nur nicht heute! sprechen alle faulen Leute“. Mit seinem Neuen A. B. C. Buch schuf Weiße

eine Vorlage für den Leseunterricht an Schulen.

Das geerbte Stötteritzer Rittergut wurde zudem zu einem regen kulturellen Zentrum.

Zu sehen ist die Ausstellung noch bis zum 18. Dezember jeweils dienstags, donnerstags und freitags von 10 bis 17, mittwochs von 12 bis 17 sowie sonntags von 10 bis 13 Uhr. Der Eintritt kostet 1,50 Euro.

• H.GERATHEWOHL

KALENDERBLATT

Vor 60 Jahren ermordet

Familie Schlotterbeck

Auf dem Friedhof Stuttgart-Untertürkheim erinnert eine Gedenktafel am Grab der Familie Schlotterbeck an deren Schicksal. Es war eine Familie, die sich, wie es in einer Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung heißt, „während der gesamten NS-Zeit trotz häufiger Verhaftungen, Verfolgung und KZ-Haft, trotz Verbot, Bespitzelung und Drohung von ihrem praktischen Widerstand nicht abbringen ließ und ihrer kommunistischen Gesinnung treu blieb“.

Am 30. November 1944 wurden die Eltern, ihre Tochter, verheiratete Lutz, ein Sohn und seine Ehefrau zusammen mit sieben weiteren Antifaschisten im Konzentrationslager Dachau erschossen. Nur der in der Illegalität lebende Sohn Friedrich überlebte, ihm gelang die Flucht in die Schweiz. Nach dem Sieg über den Faschismus schreibt er über den Widerstand in Stuttgart: „Jeder Tag, den ich überlebte, an dem wir unsere Arbeit fortführten, schien uns eine gewonnene Schlacht... Die Verbindung mit dem nahen Ausland war hergestellt. Es gab Flugblätter, Zeitungen, Bücher... Aus einem Betrieb kam die Nachricht über die Aufnahme einer Neuproduktion: Panzer! Wenige Tage später radelten in der Frühe ein paar Jungs durch den Strom der Arbeiter, die zum Werk gingen. Eine Wolke von Flugblättern regnete auf sie herunter: ‚Hitler, das ist der Krieg!‘ An den gesäuberten Zäunen und Wänden erschienen aufs neue antifaschistische Parolen... Auf Fabrikschornsteinen flatterten über Nacht rote Fahnen.“

In der Stuttgarter Arbeitersiedlung „Luginsland“ hängt in der Annastraße 6, dem einstigen Wohnhaus der Familie Schlotterbeck, eine 1969 von der Stuttgarter Bezirksverwaltung der IG Metall angebrachte Gedenktafel, die an die Mordtat von 1944 erinnert. Auf ihr stehen am Ende die Worte: „Sie kämpften für eine Welt der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit. Ihr Tod ist uns Mahnung und Verpflichtung.“

• KURT SCHNEIDER

Am 28. November 1914 kam es zu einer Zusammenkunft von 17 Mitgliedern der SPD-Reichstagsfraktion, die zwar die Verpflichtung zur Ablehnung weiterer Kriegskredite anerkannten, von denen aber nur einer – Karl Liebknecht – bereit war, die Kredite öffentlich abzulehnen. Somit stimmte am 2. Dezember 1914 im Deutschen Reichstag nur Karl Liebknecht mit Nein. In der zur Aufnahme in den stenografischen Bericht übergebenen Begründung seiner verneinenden Abstimmung hieß es: „*Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes, um die politische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie und Bankkapital ... Der Krieg ist kein deutscher Verteidigungskrieg. Sein geschichtlicher Charakter und bisheriger Verlauf verbieten, einer kapitalistischen Regierung zu vertrauen, dass der Zweck, für den sie die Kräfte fordern, die Verteidigung des Vaterlandes ist.*“

Der Reichspräsident lehnte die Aufnahme der Begründung Karl Liebknechts in den stenografischen Bericht ab, weil in ihr Äußerungen enthalten seien, „*die, wenn sie im Hause gemacht wären, Ordnungsrufe nach sich gezogen haben würden*“. Der wahre Grund jedoch war, zu versuchen, Karl Liebknechts Erklärung totzuschweigen.

Der Vorstand der SPD-Reichstagsfraktion distanzierte sich in einer am 3. Dezember im „Vorwärts“ veröffentlichten Erklärung von der Haltung Karl Liebknechts und „bedauert(e) diesen Bruch der Disziplin ... aufs tiefste“, eine Handlung, gegen die sich Rosa Luxemburg am 4. Dezember in der „Sozialdemokratischen Korrespondenz“ leidenschaftlich wandte.

Karl Liebknechts „Nein“ am 2. Dezember 1914 zum Antrag der Regierung auf Bewilligung der Kriegskredite hatte bedeutende Auswirkungen auf den politisch-ideologischen Klärungsprozess in der deutschen Arbeiterbewegung.

So auch in Leipzig. Die in Opposition zur Burgfriedenspolitik des SPD-Parteivorstandes stehenden Funktionäre beschlossen umgehend, Alwin Hentschel, Alwin Herre und Robert Schmidt zu beauftragen, Verbindung mit Karl Liebknecht aufzunehmen. Diese fuhren nach Berlin, wo sie Karl Liebknecht im Reichstagsgebäude antrafen. In einem

ausführlichen Gespräch, das in einem Berliner Restaurant stattfand, erläuterte Karl Liebknecht den linken Leipziger Sozialdemokraten die in der Reichstagsfraktion der Partei geführten Auseinandersetzungen und schrieb ihnen jene Erklärung nieder, die er am 2. Dezember 1914 im Reichstag gegen die Bewilligung der Kriegskredite abgegeben hatte. Des Weiteren kamen sie überein, dass Karl Liebknecht seine Stellungnahme gegen den Krieg vor einem Kreis oppositioneller Parteimit-

glieder in Leipzig darlegen sollte. Nach Erfüllung ihrer Mission fuhren die drei Delegierten nach Leipzig zurück, wo sie in später Abendstunde im Bibliotheksraum des SPD-Ortsvereins in Leipzig-Eutritsch, Katzbachstraße 29, vor einem internen Kreis Leipziger Parteimitglieder über das Gespräch mit Karl Liebknecht berichteten und seine totgeschwiegene Erklärung vom 2. Dezember 1914 lasen. Sofort wurde beschlossen, diese Erklärung in Leipzig zu verbreiten. Noch in derselben Nacht wurde sie vervielfältigt und von den anwesenden Parteimitgliedern zum Zwecke der schnellen Verbreitung in den Ortsvereinen mitgenommen. Einige Tage später wurden in der Druckerei Konrad Müller in Schkeuditz etwa 2000 Exemplare der Erklärung hergestellt und über die Grenzen Leipzigs hinaus vertrieben. Für diese Aktivitäten wurde Alwin Hentschel vom SPD-Vorstand des 13. Wahlkreises wegen Disziplinbruch, begangen durch die Verbreitung der Liebknechtschen Erklärung, am 11. Januar 1915 eine Rüge erteilt. Als sich Alwin Hentschel daraufhin schriftlich an den Leipziger Bezirksvorstand der Partei wandte, war das Veranlassung, ihn vor den Bezirksvorstand zu laden und ihm am 26. Januar 1915 eine nochmalige Rüge zu erteilen.

Das Schweigegebot durchbrochen

Karl Liebknechts Nein zum Krieg
und die Leipziger Linken / VON KURT SCHNEIDER

glieder in Leipzig darlegen sollte.

Die Bezeichnung *Nachrüstungsbeschluss* ist irreführend. Der USA-Nuklearstrategen Colin S. Gray gestand offen, die NATO brauche die Systeme, „gleichgültig ob die sowjetische SS-20-Stationierung auf Null reduziert wird oder nicht“. 1983 wird mit der Stationierung auch in der BRD begonnen – gegen heftige Proteste der Friedensbewegung. Erst dann werden auf dem Territorium der DDR SS-20-Raketen installiert – Teufelszeug, wie Erich Honecker sagte, das man bald wieder loswerden möchte. 1987 schließlich erzielten die Großmächte eine Vereinbarung zur Vernichtung der Raketen. Aber das war schon eine andere historische Situation ...

Im Zusammenhang mit der „Liebknecht-Aktion“ im Dezember 1914 beschlossen die

und Differenzierungsprozesses in der hiesigen Arbeiterbewegung eingeleitet.

Welche große Resonanz das Auftreten von Karl Liebknecht im Reichstag unter den Leipziger Arbeitern gefunden hatte, geht auch daraus hervor, dass sich die Leipziger Parteileitung veranlasst sah, noch im Dezember 1914 eine Funktionärsversammlung einzuberufen. Die Leipziger „Liebknecht-Gruppe“ kam überein, in dieser Versammlung zu fordern, dass die Leipziger Reichstagsabgeordneten künftig gleichfalls gegen die Bewilligung der Kriegskredite stimmen sollten. Ein hierzu von Willi Langrock und Walter Ulbricht eingebrachter Antrag wurde jedoch gegen eine starke Minderheit abgelehnt.

Bereits Mitte Dezember 1914 kam Karl Liebknecht nach Leipzig, wo er im Restaurant „Silberpappel“ in Leipzig-Volkmarisdorf vor etwa 150 oppositionellen Parteimitgliedern seine Ablehnung der Kriegskredite im Reichstag begründete. Die Resonanz charakterisierend, die diese Ausführungen fanden, schreibt Alwin Herre: „*Alle Teilnehmer zollten Liebknecht starken Beifall, und die Genossen gingen geistig gekräftigt mutig an die Aufklärungsarbeit in den Häusern und Betrieben.*“

Dieser Aussprache mit Karl Liebknecht folgte eine Einladung an Rosa Luxemburg, die zunächst vor einem engeren Kreis Leipziger Liebknecht-Anhänger eine interne Aussprache

in den „Coburger Bierhallen“, Brühl 8, führte und am selben Abend vor etwa 80 Parteimitgliedern referierte. Einige Wochen danach sprach Rosa Luxemburg im selben Lokal vor dem gleichen Kreis über Thesen für ihre spätere Juni-Broschüre. Ebenso referierte Karl Liebknecht nochmals in der „Silberpappel“ und im „Thüringer Hof“. Danach waren die Verbindungen zu Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg vorwiegend brieflicher Natur.

Diese persönlichen Verbindungen, die vor allem über Georg Schumann liefen, hatten entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung der Leipziger „Liebknecht-Gruppe“ zu einem Zentrum der Antikriegsarbeit der deutschen Linken.

Die Willkür der Reaktion ließ nicht lange auf sich warten. Am 6. Februar 1915 erhielt Karl Liebknecht telegrafisch den Gestellungsbefehl, mit der Mitteilung, sich am 7. Februar, einem Sonntag, bei seiner Militärdienststelle einzufinden. Am 18. Februar 1915 wurde Rosa Luxemburg in ihrer Wohnung in Berlin festgenommen und in das Frauengefängnis in der Barnimstraße eingeliefert. Alwin Hentschel notierte unter dem Eindruck seiner mehrstündigen Gespräche mit Rosa Luxemburg dazu in seinem Tagebuch: „*Schade, dass durch die brutale Verhaftung all die Pläne, welche wir geschmiedet hatten, leider unausgeführt bleiben müssen. Wer weiß, ob ich jemals wieder die Gelegenheit haben werde, mich so innig frei und ungestört von der Polizeimeute mit ihr über den Sozialismus zu unterhalten oder ob man ihr einen Strick für immer dreht. Unserer Justiz ist das schon zuzutrauen.*“ Nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis Ende Januar 1916 sprach sie noch zweimal im „Thüringer Hof“ in Leipzig-Volkmarisdorf vor etwa 250 linken Sozialdemokraten Leipzigs und Umgebung.

Festzustellen bleibt: Das von den revisionistischen Führern der Sozialdemokratie verfügte Schweigegebot, wonach während des Krieges in Befolgung der „Burgfriedenspolitik“ nicht über die Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD diskutiert werden sollte, war in Leipzig dank des unermüdlichen Agierens der „Liebknecht-Gruppe“ endgültig im Frühjahr 1915 durchbrochen worden. Gleiche Entwicklungen vollzogen sich auch in anderen Orten Deutschlands.

Nach Jahren erfolgreichen Ringens um Entspannung in Europa auf dem in Helsinki vorgezeichneten Wege fasste die NATO am 2. Dezember 1979 in Brüssel auf Betreiben der USA und der BRD einen verhängnisvollen Beschluss: in Westeuropa 108 neuartige atomare Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II und 464 Marschflugkör-

Vor 25 Jahren Konfrontationskurs mit Pershing II und Cruise Missiles

per aufzustellen. Diese waren in der Lage, binnen weniger Minuten, fast ohne Vorwarnzeit, das Territorium der sozialistischen Staaten bis zum Ural zu erreichen. Sie waren damit eine neue Qualität der Bedrohung und

setzten die Schwelle zu einem Atomkrieg herab. Vorausgegangen war der erklärte Übergang der USA zu Konfrontationspolitik und Hochrüstung mit dem Ziel, „die Welt des Bösen“ in die Knie zu zwingen.

Die Bezeichnung *Nachrüstungsbeschluss* ist irreführend. Der USA-Nuklearstrategen Colin S. Gray gestand offen, die NATO brauche die Systeme, „gleichgültig ob die sowjetische SS-20-Stationierung auf Null reduziert wird oder nicht“. 1983 wird mit der Stationierung auch in der BRD begonnen – gegen heftige Proteste der Fried-

densbewegung. Erst dann werden auf dem Territorium der DDR SS-20-Raketen installiert – Teufelszeug, wie Erich Honecker sagte, das man bald wieder loswerden möchte. 1987 schließlich erzielten die Großmächte eine Vereinbarung zur Vernichtung der Raketen. Aber das war schon eine andere historische Situation ...

• G. L.



Von
**KLAUS
HUHN**

Man möge mir nachsehen, dass ich mich wiederhole. Letztes Mal schrieb ich an dieser Stelle: „In Leipzig brachten unlängst kluge Köpfe zu Papier, was in Angriff genommen werden müsste, um zu Siegen zurückkehren zu können. Vielleicht begingen sie einen Irrtum, weil sie glaubten, es wären kluge Köpfe, die die Probleme lösen wollen. Vorgeschlagen worden war zum Beispiel, die Wettkampfperiodisierung zu verändern.“ Diese Entscheidung rückte die Redaktion unglücklicherweise unter meine Zeilen und so musste sich der aufmerksame Leser die Frage stellen: Wat nu? Und: Wer hat denn nun Recht? Etwa ein Streit mitten in der Redaktion? Ich versichere: Nichts davon. Im Nachhinein finde ich es sogar nützlich, dass beide Ansichten publiziert und dem Leser so die Möglichkeit eröffnet wurde, selber Vergleiche anzustellen.

Worum ging es letzten Endes? Die Antwort lautet: Wie dem deutschen Sport aus seiner Misere zu helfen ist. Nehmen wir das Beispiel der Wettkampfperiodisierung. Natürlich ist es nützlich, wenn die Athleten ihre Saison einteilen in Vorbereitungswettkämpfe und Höhepunkte. Aber: Eine durchdachte Periodisierung ist nur möglich, wenn der Kommerz nicht Vorrang genießt. Manche Leser könnten abwinken: Soll ich mir auch darum den Kopf zerbrechen? Denen möchte ich mit einem Erlebnis dienen. Vor einiger Zeit verbrachte ich einen

Abend mit einem Mittelstreckenläufer vergessener Jahre, einem damals für die BRD startenden wohlge-merkt. Er erzählte mir schmunzelnd, dass er dem DDR-Sport selten gram war. „Nach den großen internationalen Sportfesten zum Beispiel in Schweden tingelten wir noch mindestens eine Woche durchs Land und machten da allerhand Kohle. Die Gagen gerieten selten in Gefahr, weil eure Läufer ja gleich nach dem großen Meeting nach Hause reisten. Natürlich hörte ich sie auch von UWV reden und erfuhr eines Tages, dass das die drei Buchstaben für die Abkürzung ‚Unmittelbare Wettkampfvorbereitung‘ standen, aber mich hätte man dafür nicht begeistern können – das Geld von den Abendsportfesten in der Provinz war mir wichtiger.“

Inzwischen haben sich die Spitzen-

denfreudig die Niederlagen kommentieren? Das sicher nicht, aber der Sport von heute sollte nach Wegen suchen – und wir könnten ihm sicher dabei helfen –, die in der heutigen Situation Erfolge versprechen.

Wer darüber nachdenkt, kommt aber auch nicht daran vorbei, dass dem DDR-Sport noch immer kantige Steine hinterhergeworfen werden. Als das NOK der BRD neulich in einem Papier feststellte, das NOK der DDR sei nicht in Dopingaffären verwickelt gewesen, ging ein Aufschrei durch die Medien. Man verlangte, dass das Papier korrigiert würde, und zerrte die uralten Zeugen auf die Bühne, die einmal mehr beides sollten, dass die DDR ein tiefer Dopingsumpf war. Oder: Im Ringer-Verband hat man dieser Tage angeblich die „Stasiakte“ des Bundestrainers und Sportdirektors gefunden. Schrieb die FAZ: „Zu-

Sportkolumne

Kapitalismus und DDR-Sport sind kaum kompatibel

gagen eskaliert. Wer die Chance hat, an einem „Meeting“ teilzunehmen, nutzt sie. Wer darauf verzichtet, würde in den Ruf eines „Spinners“ geraten. Und in dieser Situation will man der bundesdeutschen Sportführung anraten, in Zukunft eine Wettkampfperiodisierung anzustreben, wie sie in der DDR üblich und Voraussetzung für den sportlichen Triumph war? Die Chancen, dass man dafür Beifall erntet, sind minimal. Um es ganz deutlich zu sagen: Die DDR-UWV wäre in der heutigen Gesellschaft eine blanke Illusion.

Und deshalb – meine ich – sollten wir auch nicht für sie werben. Könnte jemand fragen: Sollen wir gar nichts tun, den Mund halten, scha-

sammengesetzte Unterlagen legen nahe, dass es sich beim ‚IMS Paul Schubert‘ um den damaligen Verbandstrainer handelt.“

„Legen nahe ...“

„Zusammengesetzte Unterlagen ...“ Um jemanden belangen zu können, dürfte man in einem Rechtsstaat nichts „nahe legen“, sondern höchstens handfeste belastende Dokumente auf den Tisch eines Richters legen. Eines unabhängigen Richters, der sich aus eindeutigen Fakten sein Bild macht und dann entscheidet, ob jemand „schuldig“ ist oder nicht.

Damit aber ist offensichtlich vorläufig in Deutschland nicht zu rechnen. Und dem sollten wir zuweilen mit unserer Haltung auch Rechnung tragen.

Wer hat das geschrieben?

Nicht das Gespenst des Kommunismus, vielmehr die Angst geht um in Europa – gepaart mit Wut, Abscheu und tiefem Misstrauen gegenüber den politischen, ökonomischen und wissenschaftlichen Eliten, die ähnlich den Verantwortlichen in der Zeit des Übergangs vom Feudalismus in die Industriegesellschaft offensichtlich unfähig sind, die unausweichliche Globalisierung der Ökonomie human zu gestalten.

Unter Berufung auf angebliche Gesetze des Marktes reden sie vielmehr einer anarchischen Wirtschaftsordnung, die über Leichen geht, das Wort. 100 Millionen von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen in Europa und den USA und 3 Milliarden Arme, die zusammen ein geringeres Einkommen haben als die 400 reichsten Familien der Erde, klagen an: die Adepten einer Shareholder-Value-Ökonomie, die keine Werte kennt jenseits von Angebot und Nachfrage, Spekulanten begünstigt und langfristige Investoren behindert. Sie klagen an: die Staatsmänner der westlichen Welt, die sich von den multinationalen Konzernen erpressen und gegeneinander ausspielen lassen. Sie klagen an: ein Meinungskartell von Ökonomieprofessoren und Publizisten, die meinen, die menschliche Gesellschaft müsse funktionieren wie DaimlerChrysler, und die sich beharrlich weigern, anzuerkennen, dass der Markt geordnet werden muss, auch global Regeln einzuhalten sind und Lohndumping Qualität der Arbeit und der Produkte zerstört.

Die Arbeiter in den Industriestaaten und ihre Gewerkschaften, die angesichts der Massenarbeitslosigkeit mit dem Rücken an der Wand stehen, fühlen sich anonymen Mächten ausgeliefert, die von Menschen beherrscht werden, deren Gier nach Geld ihre Hirne zerfrisst. Die Menschen leben und arbeiten in einer globalisierten Ökonomie, die eine Welt der Anarchie ist – ohne Regel, ohne Gesetze, ohne soziale Übereinkünfte, eine Welt, in der Unternehmen, Großbanken und der ganze „private Sektor“ unreguliert agieren können. Die globalisierte Ökonomie ist auch eine Welt, in der Kriminelle und Drogendealer frei und ungebunden arbeiten und Terroristen Teilhaber an einer gigantischen Finanzindustrie sind und so ihre mörderischen Anschläge finanzieren.

Schrieb dies:

- die PDS-Europa-Abgeordnete Sylvia-Yvonne Kaufmann
- der ehemalige CDU-Generalsekretär Heiner Geisler
- der PDS-Vorsitzende Lothar Bisky
- die SPD-Linke Andrea Nahles?

Lösung auf Seite 16

Matze, UNSER MANN IN MÜNCHEN

IN DEN KOMMENDEN EIN BIS ZWEI JAHREN wird nach allgemeiner Meinung in Insiderkreisen das große Banken-Fressen beginnen. Im Wettlauf zwischen dem Bankenstandort Frankfurt/Main und dem Mächtigenstandort des deutschen Hochkapitals München hat die bayrische Landeshauptstadt möglicherweise die besseren Karten. Münchner Träume: Die größte deutsche Privatbank hat blau-weißen Anstrich und sitzt in München. So unrealistisch scheinen diese Träume angesichts der schwächelnden Münchner Hypo Vereinsbank (HVB) nicht zu sein. Geringe Inlandserträge und niedrige Börsenwerte machen sie zum geeigneten Übernahmekandidaten. Gelingt jetzt die von der bayrischen Wirtschaft angestrebte Fusion der HVB mit der Bayerischen Landesbank und den Sparkassen, könnte die Rechnung tatsächlich aufgehen – wären da nicht Deutsche Bank, Commerzbank und Dresdner Bank sowie diverse ausländische Großbanken, die ihrerseits auf der Lauer liegen und abwarten, bis die HVB endgültig in die Knie geht. Der steinerne Löwe vor dem Hauptquartier der Bayerischen Landesbank in München wetzt jedenfalls schon schon mal die Krallen. Beute naht.

MÜNCHEN IST SCHON EINE SPANNENDE STADT. Antikensammlung am Königsplatz, Alte, Neue und Moderne Pinakothek, Philharmonie und Staatstheater –

ich kenne nur wenige Städte, in denen auf wenigen Quadratkilometern so viel Kultur geboten wird.

Wenn du München richtig kennen lernen willst, dann nimm dir einen Einheimischen und lass dir das „andere“ München fernab von Hofbräuhaus und Frauenkirche zeigen und die dazugehörigen Geschichten erzählen – wie die von Väterchen Timofej, dem vor wenigen Monaten im Alter von vermutlich 110 Jahren verstorbenen „Methusalem vom Oberwiesenfeld“. Das streng gläubige Väterchen Timofej, mit bürgerlichem Namen Timofej Wasiljewitsch Prochorow, aus Bahajewskaja am Don ereilte nach der Schlacht bei Stalingrad 1943 auf dem Rückweg der Ruf der Muttergottes. In Timofej's Worten klang das so: „In einer Feuersäule von der Erde bis zum Himmel erschien die Muttergottes, die Himmlische Königin, versperrte mir den Weg und sagte: ‚Timofej, es gibt für dich keinen Weg nach Hause. Geh in den Westen und bau dort eine Kirche für den Frieden in West und Ost.‘ Und so zog Väterchen Timofej los, durch zerstörte Dörfer und Städte. Unterwegs schloss sich ihm seine spätere Frau Natascha an, bis sie schließlich am Ziel ihrer Reise München ankamen. Und hier, auf dem Oberwiesenfeld, errichtete Timofej mit einfachsten Mitteln eine kleine russisch-orthodoxe Kirche, seine Ost-West-Friedenskirche. Das Innere ist mit silberglänzendem

Stanniolpapier ausgeschlagen, die einfachen Ikonen werden von zahlreichen Kerzen angestrahlt. Um die Kirche herum legte das Väterchen zur Eigenversorgung ein Gärtchen mit frischem Gemüse an, später folgten noch ein Bienen- und ein Wohnhaus und ein Schuppen – alles in jener einfachen Bauweise und Farbgestaltung, wie sie heute noch in den Dörfern am Don anzutreffen ist. Natürlich gab es einige Versuche phantasieloser städtischer Beamter, die Enklave abzureißen und das Väterchen umzusiedeln, so beispielsweise beim Bau des Olympiastadions. Bei jedem dieser Versuche stellten sich die Münchner Bürger jedoch schützend vor „ihr“ Väterchen, so dass diese Enklave auch heute noch besichtigt werden kann. Allerdings sollte der Besucher sich beeilen, da die Zukunft der Stätte seit dem Tod ihres Erbauers ungewiss ist.

EIN BERICHT DES „WEILHEIMER TAGBLATTS“ sorgte unlängst im Bayrischen Landtag für Wirbel. Weilheimer Berufsoberschüler bezahlen ihren Spanischlehrer selbst, weil laut Kultusministerium das Geld für Aus- hilfslehrer für Wahlpflichtfächer fehlt. Die Beherrschung einer zweiten Fremdsprache ist jedoch Voraussetzung für die Hochschulreife ...

Schöne Grüße aus München

Ihr Matze

Das große (Banken-)Fressen – Do swidanja, Väterchen Timofej – Bayern spart

BEI ANDEREN GELESEN

Im Beitrag des „Neuen Deutschland“ vom 5. 10. 2004 berichtet P. Kirschey über die Gedenktafel für den im Grenzdienst ermordeten DDR-Unteroffizier Egon Schultz. Leider wird im Beitrag die von den kriminellen Fluchthelfern behauptete und auf der Tafel verbreitete Version verkündet, der Unteroffizier sei von eigenen Kameraden getötet worden. Die Wahrheit sei in der DDR aus Propagandagründen verschwiegen worden etc. Dass die „Fluchthelfer“ die Tatsachen verfälschen, verwundert nicht, betroffen macht aber die wahrheitswidrige Darstellung im Neuen Deutschland. Dabei hätte es gerade das Neue Deutschland besser wissen müssen, wie durch eigene Recherchen und mit Unterstützung der GRH (Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung e.

„Schüsse kamen aus der Kalaschnikow“

Eine notwendige Erwiderung zum Tod von Egon Schultz

V.) bereits in mehreren Beiträgen geschehen. Vergleiche hierzu u.a. Arnold Eisensee, „Neues Deutschland“ vom 11. Januar und 31. August 1994, Claus Dümde, „Neues Deutschland“ vom 3./4. September 1994 und 13. Juni 1995. Nach den auch von der Berliner Staatsanwaltschaft geführten Ermittlungen steht fest, dass die „Fluchthelfer“ bewaffnet waren und der inzwischen verstorbene Mittäter Zobel zuerst auf den Grenzer schoss und ihn im Brustbereich getroffen hat. Ob Egon Schultz, bereits durch diesen Waffengebrauch oder durch nachfolgende Schüsse aus einer Kalaschnikow getötet wurde, war nicht mehr eindeutig zu klären. Dazu hat sich auch der renommierte Gerichtsmediziner Prof. Dr. Otto Prokop geäußert. Letztlich ist das aber auch für die rechtliche Bewertung von untergeordneter Bedeutung. Erst im Ergebnis des kriminellen Einsatzes der Schusswaffe durch die „Fluchthelfer“ kam Egon Schultz ums Leben. Es wurde weder in Notwehr gehandelt noch gab es andere Rechtfertigungsgründe für einen Waffeneinsatz auf dem Territorium der DDR. Der Text auf der „Gedenktafel“, die tödlichen Schüsse seien aus der Waffe eines Kameraden abgegeben worden, ist also eine unbewiesene Behauptung und verdreht in jedem Falle Ursache und Wirkung.

Der Text auf dieser „Gedenktafel“ ist reine Propaganda. Der Tod von Egon Schultz war die Folge des organisierten kriminellen Handelns der „Fluchthelfer“. Die GRH behält sich weitere Schritte gegen diese Geschichtslüge vor.

HANS BAUER

Aus: GRH Mitteilungen (2. 11. 2004)

Am 21. Oktober 2004 erschien in den *Dresdner Neuesten Nachrichten* (DNN) und der *Leipziger Volkszeitung* (LVZ) der inhaltlich identische Artikel von Heiner Scholz „Der Fall Nemmersdorf – Sowjet-Massaker oder NS-Lüge?“ Es ist achtens- und lobenswert, dass in *Leipzigs Neue* (23 '04) Willi Beitz und Siegfried Müller kritisch darauf reagierten. Da aber der Artikel von Scholz exemplarischen Charakter hat, lohnt es sich, seine (?) Absicht (oder ist es Auftrag?) und seine Methode genauer unter die Lupe zu nehmen.

Scholz beginnt: „60 Jahre ist es auf den Tag genau her, dass ein kleiner Flecken in Ostpreußen Geschichte schreibt.“ Der Flecken ist Nemmersdorf.

Und auch er schrieb keine Geschichte, das taten und tun andere, damals und heute:

Wie schreiben sie über Ereignisse und warum?

Bei Nemmersdorf ist das bekannt: Beauftragte des Propagandaministers und Oberlügeners Goebbels berichteten befehlsgemäß über die „Sowjet-Mordbestien in Nemmersdorf“. Scholz wählte den Text aus dem *Angriff*, einer der schlimmsten Nazi-Zeitungen, als Faksimile. So „wüteten“ sie. Und Scholz wiederholt, was die Nazis damals schmierten. Dabei behauptet er, die saubere Recherche von Bernhard Fisch „Nemmersdorf, Oktober 1944. Was in Ostpreußen wirklich geschah“ (edition ost Berlin 1997) zu kennen.

Was ist tatsächlich geschehen?

Nachdem am 21. Oktober 1944 sowjetische Truppen einmarschiert waren, zwei Tage später deutsche Truppen das Dorf noch einmal „befreiten“, fanden sie 26 Leichen. In die Medien (Wochenschau, Zeitungen) ging das Foto, das die Leichen in einer Reihe vor einer Gruppe Offiziere zeigt. Die geschilderten Gräueltaten sind nicht bewiesen und sind größtenteils erst nach 1945 in die Literatur gelangt.

Scholz spielt den Naiven und fragt: „Das Ganze also eine riesige Kampagne der Nazis, um das eigene Volk bei der Stange zu halten?“ Die Frage ist doch beantwortet – von Joseph Goebbels. Zwar hat Goebbels das Wort Nemmersdorf öffentlich nicht verwendet, nicht einmal als wöchentlicher Kolumnist von *Das Reich*, aber in seinem Tagebuch ist zu lesen: „Es ist uns durch unsere Greuelkampagne gegen die Bolschewisten gelungen, unsere Front im Osten weiter zu befestigen sowie auch die Zivilbevölkerung in absolute

Abwehrbereitschaft zu versetzen.“

Solche Eintragungen gibt es mehrfach. Sollte Goebbels nicht gewusst haben, was er wollte?

Übrigens. Er spricht von „unserer Greuelkampagne“, nicht von „Sowjetbestien“.

Die 26 Opfer von Nemmersdorf sind tragisch. Aber warum waren sie damals ins Zentrum der Nazi-Propaganda gerückt, zu einer Zeit, da die Fronten in Ost wie West zusammenbrachen, täglich Tausende im

Führte ein gewisser Joseph Goebbels Heiner Scholz die Feder?

Bombenhagel grausam umkamen, als die Mordmaschine in Auschwitz und anderswo noch auf Hochtouren „arbeitete“? Wenn Goebbels auf die Bombenopfer einging, dann nur, um das „Volk“ im „Widerstand“ gegen die Alliierten zu bestärken. Kriegsverlängerung, also weiteres Leid, Not und Tod für Millionen in der Schlussphase des Krieges war die Folge der Propaganda auch um Nemmersdorf.

Die Ereignisse von Nemmersdorf sind Vergangenheit. Die Narben von damals könnten verheilen, es könnten Lehren gezogen werden. Die Hauptlehre lautet: Nie wieder Krieg!

Wer den Krieg zulässt, lässt seine Gräueltaten zu. Ist der Terror im okkupierten Irak dem Verhalten von „US-Bestien“ zuzurechnen? Ist Falludscha schon heute in neues Nemmersdorf? Wer ist heute verantwortlich? Es bleibt die Frage, wer oder was Scholz veranlasste, an Nemmersdorf im Stil von Goebbels zu „erinnern“? (Der Vergleich gilt dem *Stil*. Im übrigen scheint solch ein Vergleich nicht ehrenrührig zu sein. Als Helmut Kohl Gorbatschow mit Goebbels verglich, zerbrach keine Männerfreundschaft.) Könnte es sein, dass Scholz mit

dem Strom schwimmt und dem „Zeitgeist“ seinen Tribut zollt? In der jüngsten Zeit werden durch Fernsehen, Bücher und eine Flut von Artikeln die Deutschen in ein Volk der Opfer verwandelt: Bombenopfer (etwa 600 000, fünf Millionen wurden obdachlos), „Vertreibungs“opfer (18,1 Millionen, von denen Millionen vor der Sowjetarmee geflohen waren), die Opfer der Spezial- und Internierungslager der Alliierten (die größte Zahl in der US-Zone) usw. Überall wird der deutschen Toten gedacht. Aber werden auch die Hintergründe und Ursachen für die Toten des Krieges sichtbar? Begann der Krieg 1944/45?

Was die Erinnerung an Nemmersdorf betrifft, hat sie noch eine spezifische Funktion. Zu den Standard-Formeln der Totalitarismus-Doktrin gehört: Der Osten Deutschlands sei von einer Diktatur in die andere gezwungen worden. Mit dieser Formel lässt sich ein ganzes Gebäude weiterer Geschichtslügen über die DDR („Moskaus westliche Provinz“) aufbauen. Das ist ein neues Thema.

Abschließend zurück zu Nemmersdorf. Das Nachwort für die schon genannte Recherche von Bernhard Fisch schrieb der nicht unbekannt Mitarbeiter des *Spiegel* Ralph Giordano. Er gehört zu den Juden, die überlebten. Er urteilt u. a.: „Die Rote Armee hat geschichtlich eine Doppelrolle gespielt. Die eine besteht darin, dass sie unter ungeheuren Opfern der Wehrmacht die entscheidenden Schläge zugefügt hat, die zum Untergang Hitlerdeutschlands führten – das ist ihr weltgeschichtlicher Ruhm und wird es bleiben.“ Giordano wird der Roten Armee dafür immer Ruhm und Ehre zollen. Welcher *anständige* Deutsche wird anders handeln?

Es gab auch Übergriffe, sogar Racheakte einzelner Soldaten, die (wie Stefan Doernberg) von Moskau bis Berlin durch verbrannte Erde marschierten. Wenn sie das Ausmaß der Verbrechen deutscher Soldaten in der Sowjetunion angenommen hätten oder gar von Stalin befohlen worden wären, wären die Folgen nicht auszudenken gewesen. Die Praxis widerlegte Goebbels' Zwecklügen. „Und auch für das, was dann beim Einmarsch über die deutschen Ostgrenzen geschah, hat selbstverständlich der deutsche Aggressor, haben Hitler und seine Anhänger, die großen wie die kleinen, die Primärverantwortung.“ – Das hätte Scholz bei Giordano lesen können.

HORST SCHNEIDER, DRESDEN

Zu: „Das Halali einer Blockflöte“ LN 23'04

Bravo!

Bravo, liebe Redaktion! Der Beitrag über unseren LVZ-Spezialisten Armin Görtz ist das gut recherchierte Porträt des Prototyps eines echten Wendehalses. Mit der Aufdeckung seiner DDR-Vergangenheit wird er als das entlarvt, was er tatsächlich ist, ein Opportunist und Renegat reinen Wassers. Solche Informationen werden natürlich dem LVZ-Abonnenten, deren Bezieher auch ich bin, vorenthalten, obwohl man sonst bemüht ist, möglichst jeden DDR-Lebenslauf akribisch zu durchleuchten. Umgekehrt passt Herr Görtz mit diesen Eigenschaften genau in das Redaktionskollektiv der LVZ, das, angefangen vom Chefredakteur bis zum letzten Reporter, alles tut, um mit (z. T. zweifelhaften) journalistischen Mitteln die DDR (gemäß Kinkel) im Nachhinein zu delegitimieren. Dazu kommt, dass die LVZ mit ihrem neuen Chefredakteur

ohnehin immer rechtslastiger geworden ist. Nun versucht Herr Görtz, sich bei dieser „Aufgabe“ im besonderen Maße zu profilieren. Seine Beiträge und Kommentare sind gekennzeichnet von penetranter Unsachlichkeit im Ton, von Halbwahrheiten und tendenziösen Bewertungen bestimmter Ereignisse. Dass er dabei ehemalige Funktionäre der SED und des Staatsapparates sowie Mitarbeiter des MfS besonders heftig attackiert, hat bei diesen kaum noch Wirkung. Sind sie es mittlerweile gewöhnt, dass seit 15 Jahren über sie jeder Dreckkübel ausgekippt werden darf. Wenn Herr Görtz aber die DDR als Ganzes in all ihren Facetten pauschal verunglimpft, beleidigt er auch viele einfache DDR-Bürger, die nach dem Inferno des von Faschismus und Kapitalismus inszenierten Krieges eine Gesellschaftsordnung aufbauen wollten, die die Bewahrung des Friedens und das Wohl des einfachen Menschen zur Staatsdoktrin erhoben hatte.

GOTTFRIED FLEISCHHAMMER

Feierabenddemokratie statt Volksdemokratie?

Bundestagspräsident Thierse hat die Ostdeutschen anlässlich des 9. Oktober aufgefordert, sich an ihren Mut zur Veränderung zu erinnern und „aktiv mitzutun“ bei der Veränderung der reformbedürftigen Bundesrepublik zum Besseren. Klingt freundlich, ist aber naiv oder sogar scheinheilig.

Zunächst stehen die ostdeutschen Vertreter im Bundestag in der Hauptverantwortung, auch wenn sie dort schon mal an die Wand gedrückt werden. So wurde auf ein Aufbauministerium ebenso verzichtet wie auf ein Konzept zum Schutz und zur Förderung der Ostindustrie und des Mittelstandes. Wolfgang Thierse selbst ist im Jahr 2000 mit seiner „Kippenwarnung“ nach heftigem Druck aus dem eigenen Lager und der konservativ-liberalen Opposition umgefallen wie einst Galilei vor der Inquisition.

Und warum haben die Westdeutschen nicht „mitgetan“, sondern zugeschaut, wie ihre Eliten seit 35 Jahren des Wirtschaftswunder langsam aber sicher abwickelten? Und nun soll es sogar der betrieblichen Mitbestimmung an den Kragen gehen! Wir können zwar nach Feierabend sagen was wir wollen, aber am Tage machen die drei Machtzentren, Kapital, Politik und Medien, was sie wollen. J. Spitzner

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877



VERANSTALTUNGEN

Mittwoch, 1. Dezember, 18 Uhr, Dresden
Mythos Standortschwäche. Wie die deutsche Wirtschaft schlecht geredet wird. Mit Dr. Sabine Reiner, Berlin, Wirtschaftspolitische Abteilung ver.di (in Zusammenarbeit mit ver.di Jugend Sachsen) „WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

Sonnabend, 4. Dezember, 10-16 Uhr, Leipzig
 Konferenz *Nietzsche und die europäische Linke.* Mit Willi Beitz, Leipzig; Volker Caysa, Opolé/Mainz; Steffen Dietzsch, Berlin; Hans-Martin Gerlach, Mainz/Leipzig; Manfred Laueremann, Hannover; Antonia Opitz, Budapest/Leipzig; Klaus Schuhmann, Leipzig; Udo Tietz, Berlin und Fritz Tomberg, Vehlafanz (in Zusammenarbeit mit der Nietzsche-Gesellschaft e. V.). Tagungsgebühr 5 Euro/erm. 3 Euro Harkortstr. 10

Montag, 6. Dezember, 20 Uhr, Zwickau
 Vortrag und Diskussion *Für wen sind wir Linke wirklich? Schwächen und Stärken von Linken und ihren Strukturen.* Mit Stefan Otto, Zukunftswerkstatt Jena Tivoli, Äußere Schneeberger Straße

Mittwoch, 8. Dezember, 18 Uhr, Chemnitz
 Literarischer Abend *Trotz alledem – Revolutionäre Lyrik des 19./20. Jahrhunderts.* Mit Mike Melzer, Chemnitz Soziokulturelles Zentrum QUER BEET, Rosenplatz 4

Donnerstag, 9. Dezember, 17.30 Uhr, Leipzig
Zur Leipziger kulturhistorischen Osteuropaforschung und -lehre. Teil 2. Mit Prof. Dr. Wolfgang Geier, Leipzig/Klagenfurt (Leipziger Gesprächskreis Osteuropa) *** Harkortstr. 10

Mittwoch, 15. Dezember, 18 Uhr, Leipzig
Rechtsradikalismus in Deutschland – aus historischer und aktueller Sicht. Mit Prof. Dr. Gerhard Besier, Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung e. V., Dresden. Moderation: Dr. Monika Runge Harkortstr. 10

Dienstag, 21. Dezember, 18 Uhr, Leipzig
Antifaschistischer Widerstand und Verantwortung für den Neuaufbau in der DDR – Prof. Dr. Hans Lauter zum 90. Geburtstag. (In Zusammenarbeit mit VVN/BdA Harkortstr. 10

Freitag, 3. Dezember, 18 Uhr bis 4. Dezember, Töpelmühle
Arbeit im Jugendhilfeausschuss. Mit Tilo Kießling, Mitglied im Landes-Jugendhilfeausschuss und Jan-Robert Karas, Dipl.-Betriebswirt, JBW Dresden, Kommunalpolitisches Forum Sachsen e. V. und Rosa-Luxemburg-Stiftung. Für junge Politiker, die auf Kommunal-, Länder- und/oder Bundesebene tätig sind, vor allem aus Sachsen, Brandenburg, Thüringen. Anzahl der Teilnehmer: ca. 15, Teilnehmerbeitrag 10 Euro. Anmeldung: kontakt@jugendbildungswerk.de *** Töpelmühle, 04720 Töpel (bei Döbeln)

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt. Die Veranstaltungen sind für jedermann offen

Unsere Spendenaktion für "Milch für Kubas Kinder" hinkt ein wenig. Der Spendenfluss liegt derzeit hinter unseren Hoffnungen und Erwartungen. Sicherlich: Die Kampagne "Her mit den roten Cents" (Wir ziehen die 1-, 2- und 5-Cent-Münzen der Euro-Währung aus dem Verkehr) läuft ganz gut. Und immer wieder hören wir: Wir haben zuhause auch so ein Gläschen stehen, in dem wie diese Münzen für Euch sammeln. Aber... Wir müssen noch mal und stärker aufdrehen. Müssen in den letzten sechs Wochen vor dem Jahresende noch mal tüchtig was in die Spendenkasse spülen. Auch ich persönlich will noch mal richtig zulangen. Mit einer Nikolaus-Wette. Also : Ich wette 200 Euro für die Aktion "Milch für Kubas Kinder", dass ich am Nikolaus-Tag, am 6. Dezember, 20 linke Ratsherren/Stadtverordnete aus ganz Deutschland mit dem Vornamen

Die Nikoklaus-Wette



(www.rotter-reporter.de) abbilden kann.

So, die Wette läuft. Meldet Euch irgendwie bei mir – als Nikolaus-Klaus, als jemand der einen Klaus kennt oder auch, um für unsere Kuba-Aktion zu spenden (Konto 3554649 bei der Kreissparkasse Düsseldorf, Stichwort "Kuba-Kinder"). Wenn das Ziel erreicht wird und sich 20 linke Nikokläuse melden, muss ich die 200 Euro in die Kuba-Kasse stecken. Wenn nicht - auch !

Hier meine Adresse: Klaus H. Jann, Düsseler Straße 16, 42489 Wülfrath, Telefon 02058 / 3651 Fax 02058 / 71803, Mail: JannRORE@t-online.de

Klaus mit einer Nikolausmütze (oder sonst als Nikolaus verkleidet) mit ihrem Bild auf der Homepage des Roten Reporters

Naturkundemuseum

Leipzig, Lortzingstr. 3

2. 12., 14 Uhr, 5. und 19. 12., 10.30 Uhr: Führung durch die Sonderausstellung *Hermann Heinrich ter Meer – Begründer der modernen Tierpräparation*

12. 12., 10.30 Uhr: *Dem Tierpräparator über die Schulter geschaut* – Schaupräparieren **Sonderausstellung Hermann Heinrich ter Meer – Begründer der modernen Tierpräparation** (bis 30. 1. 05.)

Theatrium

Leipzig, Miltitzer Allee 52

4., 5. und 12. 12., 15 Uhr; 6. bis 10. 12., 13. und 14. 12., 10 und 14 Uhr; 15. 12., 10 Uhr: *Enkel für einen Tag oder Die geklaute Kamera.* – ab 6 Jahre

17. und 18. 12., 20 Uhr: *Das Königsexperiment* – ab 13 Jahre **20. und 21. 12., 10 und 14 Uhr; 22. 12., 10 Uhr:** *Die sieben gefrorenen Geislein.* – ab 4 Jahre

SZM

Stadtteilzentrum Messemagistrale Straße des 18. Oktober 10a

9. 12., 19 Uhr: Lesung mit Christa Gottschalk *Zauber des Theaters* und *Frau Rat Goethe – Briefe.* Klavierbegleitung Stefan König. Eintritt: 4,50 Euro

11. 12., 16 Uhr, Peter Meyer am Blüthnerflügel: *Musik zur Vorweihnachtszeit.* Eintritt: 4,50 Euro

18. 12., 16 Uhr: Puppenbühne Schmidt zeigt für alle Kinder *Kasper im Weihnachtswald*

Initiative Christliche Linke

13. 12., 18 Uhr, Gemeindesaal der Nikolaikirche Leipzig: *Weihnachtliche Zusammenkunft*

Deutscher Freidenker-Verband

Leipzig, Gottschedstr. 31(HH)

16. 12., 16.30 Uhr: *Geselliges Beisammensein zum Jahresausklang*

Liebe

Elsa Schier

zu Deinem

65. Geburtstag am 28. November *wünschen wir Dir Gesundheit und alles erdenklich Gute*

Deine Genossinnen und Genossen der PDS-Basisorganisation Löbzig II

Der Ostermarsch gestern und heute

Informationsveranstaltung des Org.-Büros Ostermarsch e. V. zur Geschichte des Ostermarsches am **10. 12., 19 Uhr** im linxxnet, Leipzig, Bornaische Str. 3d

Konzern-Sponsoring über die Werbung?

Das funktioniert bei einem linken Blatt aus beiderseitiger Abneigung nicht. Alljährliche Preiserhöhungen muten wir Ihnen nicht zu.

Finanzieren müssen wir uns dennoch!

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V., Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 BLZ 860 555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein feines Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein **Geschenkabonnement** ist
 Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis 1 Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündige.

Ich bitte um Rechnung
 Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut
 BLZ
 Kontonummer
 Kontoinhaber
 Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers
Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.
 2. Unterschrift des Auftraggebers

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Ausgefüllten Bestellschein bitte an

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig schicken

U. S. Levin

Vergiss es!

Seit geraumer Zeit habe ich an mir eine nachlassende Merkfähigkeit festgestellt. Besonders Namen sind aus meinem Gedächtnis ausgeradiert wie brisante Daten aus Geschäftsbüchern. Wenn ich einen Bekannten treffe, senke ich betroffen den Blick und wechsele die Straßenseite. Man kann ja unmöglich sagen: „Schön sich wieder mal zu sehen. Wie heißt du eigentlich?“

In meinem Kopf sieht es aus wie in einem Hochsicherheitstrakt – lauter graue Zellen und die haben inzwischen die Arbeitsintensität einer deutschen Behörde in Baugenehmigungsverfahren erreicht. Träge und lustlos hängen sie an ihren Nervensträngen, ohne noch über die Stränge zu hauen. Und dann kam es ganz dicke. Meine Vergesslichkeit brachte mich in Lebensgefahr.

Meine Frau macht das Frühstück, während ich im Bett und im Würgegriff eines leichten Infarktes lag. Ich wollte meine Frau um Hilfe rufen, damit sie Hilfe rufen kann, aber ich hatte ihren Namen vergessen. Zum Glück hatte sie ein frisches Geschirrhandtuch vergessen und kam ins Schlafzimmer zurück.

„Um Gottes Willen“, rief sie entsetzt, als sie mich zuckend wie ein Raptänzer im Laken zapeln sah, „warum hast du mich nicht gerufen?“ Die Wahrheit konnte ich ihr schlecht eingestehen, da galt ich lieber als harter Kerl mit einem weichen Kern im Oberstübchen.

Ich entschloss mich, meinen Hausarzt zu konsultieren. Als ich an der Reihe war, konnte ich mich beim besten Willen nicht mehr erinnern, weswegen ich gekommen war.

„Haben Sie irgendwelche Beschwerden?“ versuchte der Allgemeinmediziner den Grund meines Besuches herauszufinden.

„Nein“, antwortete ich, „ich fühle mich sauwohl.“

„Wann haben wir denn die letzte Vorsorgeuntersuchung gemacht?“ „Keine Ahnung.“

„Aber, Herr Levin“, sagte der Arzt mit einem Blick in meine Akte nachdenklich, „das ist erst ein halbes Jahr her.“

„Die Untersuchung.“

„Welche Untersuchung?“

Er sah mich kopfschüttelnd an, ehe er die vernichtende Diagnose stellte: „Sie leiden an Altersdemenz.“ „Quatsch, nur weil ich mal was vergesse.“

„Es gibt keinen Zweifel. Wie heiße ich?“

„Woher soll ich das wissen?“

„Bitte, da haben wir's. Ich kann Ihnen nur den guten Rat geben: Ordnen Sie jedem Menschen, den sie kennen, eine Zahl zu und wenn Sie einen Bekannten treffen, fällt Ihnen über die Zahl sofort wieder sein Name ein.“

„Danke Herr Doktor, Sie haben mir sehr geholfen.“

„Gern geschehen und viel Erfolg, Herr ... Wie war doch gleich Ihr Name?“

Die Idee meines Arztes war so einfach wie genial. Sozusagen als Dankeschön erhielt der Doktor gleich die Ziffer 1. Auch meine Frau fand großen Gefallen an dieser Memoriermethode und half mir eine lange Liste mit Namen und den dazugehörigen Zahlen aufzustellen.

Als wir im Urlaub über die Blumeninsel Mainau spazierten, trafen wir einen früheren Nachbarn und ich sagte euphorisch zur Nummer Zwei: „Sieh mal, da läuft die 53 nebst Gattin!“

Als wir an einem lauen Sommerabend im Freisitz unter Kastanien saßen und uns an Hefeweizen und Grillwürsten labten, setzte sich unerwartet mein Hausarzt mit seiner Gemahlin an den Nachbartisch.

„Die Nummer 1“, flüsterte ich zu meiner Frau und grüßte die beiden.

„Wer ist denn das?“ hörte ich die neugierige Arztgattin. „Zwei nette Patienten.“

„Und haben die auch einen Namen?“

„Ja, das ist das Ehepaar Null Acht Fünfzehn.“

Wanderungen durch Neufünfland

Wenn wir – zuweilen sogar ein Lied auf den Lippen – durch die Lande wandern, werden natürlich auch Witze erzählt. Man könnte mich fragen, was diese Feststellung in meinem Bericht zu suchen hat, aber in einem Dorfkrug lief der Fernseher und ein „Entertainer“ enthielt seinem Publikum, dass die mutigsten DDR-Bürger früher sogar Witze erzählt hätten. Das brachte einen aus unserer Runde, den sie den Holzkiel nennen, auf die Idee, uns einen zu erzählen, den er erst tags zuvor gehört hatte: „Schröder will den Tag der Arbeit abschaffen? Recht hat er, denn die Arbeit hat er ja schon abgeschafft ...“

Das war irgendwo im Norden, nicht weit entfernt von Warin, wo man dieser Tage über die Schließung der Schule debattierte. Nichts besonderes, zugegeben, aber in der Stadtvertreterversammlung hatte einer gesagt: „Den Bahnhof sind wir schon los, das Krankenhaus auch und die Post. Schließen sie die Schule noch, werden sie uns das Stadtrecht nehmen und wir sind wieder ein Dorf.“

Und das sind nun wieder die von vielen mit Recht so monierten Übertreibungen. Bundespräsident, Bundesratspräsident – alle sind sich einig: Das Glas ist halb voll! Und auch die Wariner sollten sich

„Und wir sind wieder ein Dorf ...“

das gründlich durch den Kopf gehen lassen, denn: Demnächst bekommt die Stadt eine neue Flagge. Erörtert und beschlossen wurde, dass sich das Wappen im Zentrum des gelb-rot-gestreiften Banners befinden soll. Warum das wichtig sein könnte? Weil auch Flaggen auf halbmast würdig aussehen sollen!

Auch in Anklam und Greifswald werden Fahnen geschwenkt, allerdings auch dort nicht jubelnd. Einen neuen Großkreis Südvorpommern hat man ins Auge gefasst und der soll dann von Anklam aus regiert werden. Dafür gäbe es angeblich triftige Gründe: Greifswald habe schon eine Universität, da muss es nicht auch noch „Kreishauptstadt“ sein.

Da habe ich übrigens dann auch ein paar Witze gehört, aber die kann ich nicht aufschreiben, weil ich sonst – berechtigten – Ärger mit meinen Redaktionskolleginnen bekommen könnte. Und wer steuert schon Ärger mit Frauen an?

Also rasch noch eine lustige Geschichte, in der eine Frau eine positive Rolle spielt. Weit weg von Anklam und Greifswald, nämlich in Arnstadt, hatte eine pfiffige Einzelhändlerin ihren knapp 20 Quadrat-

meter großen Laden nicht nur linientreu „Kaufhaus der Werktätigen“ genannt, sondern dem auch die Abkürzung „KaDeWe“ angefügt. Das ZDF soll das lange vor der Rückwende als geeignetes Objekt betrachtet haben, die Großmannssucht der DDR zu illustrieren. Der Witz: Das KaDeWe in der Arnstädter Rosenstraße existiert immer noch und die 78-jährige Frau Holz steht immer noch am Ladentisch und – vor allem zu erwähnen – beschafft immer noch Produkte, von denen es heißt, dass sie längst mit der DDR untergegangen seien. Zum Beispiel das gute alte Zwiebelmuster. Mehr will ich nicht preisgeben, denn die Kulturstaatsministerin dieses Landes, eine gewisse Weiss hat laut vor einer „immer unbekümmerten Rückschau auf die vermeintliche Geborgenheit in der DDR“ gewarnt.

KLAUS HUHN

Wer hat das geschrieben?

Sollten Sie gehofft haben, dieses Zitat von Seite 13 stamme aus einer PDS-Feder, liegen Sie falsch.

Geschrieben hat das Heiner Geisler, CDU, und zwar in der Wochenzeitung Die Zeit Nr. 47 vom 11. November 2004, S. 26.

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Kein Kommentar

Unser Autor Manfred Erbe hatte vor einiger Zeit beziehungsweise auf eine Anzeige (Abb.) nachstehende Anfrage an das Bundesministerium für Gesundheit gerichtet: „Muss es nicht im zweiten Abschnitt heißen: Polikliniken sorgen für mehr Effektivität im Gesundheitswesen? Sie waren bereits in der DDR ein Erfolgsmodell und ein Stück sozialer und medizinischer Kultur.“

Als Antwort erhielt er u.a. eine Presseerklärung des Staatssekretärs nach dem Besuch des Medizinischen Zentrum Lübbenau mit bemerkenswerten Aussagen:

„Mit der Gesundheitsreform haben wir endlich auch ein bedeutendes Stück Ostdeutschland für die medizinische Versorgung in ganz Deutschland aufgenommen. Es war eindeutig ein Fehler, im Zuge der Wiedervereinigung die Polikliniken der ehemaligen DDR weitgehend aufzugeben. Es ist das Verdienst von Regine Hildebrandt, dass sie zumindest in Brandenburg und auch in Berlin erhalten werden konnten. Inzwischen haben sich diese Einrichtungen zu Gesundheitszentren umgewandelt. Das Medizinische Zentrum in Lübbenau ist ein Beispiel dafür, dass sich der Einsatz für



diese Form der ambulanten Versorgung als richtig erwiesen hat. ... Mit der Gesundheitsreform haben wir diese moderne Form der medizinischen Versorgung als Möglichkeit für ganz Deutschland eröffnet. Die Gesundheitszentren mit der Teamarbeit Hand in Hand garantieren den Patientinnen und Patienten eine fachübergreifende Behandlung auf hohem Niveau, zudem rasch und ohne lange Wege. Auch für die Ärztinnen und Ärzte kann es ein Vorteil sein, statt als freiberufliche Vertragsärzte zu arbeiten, ein Angestelltenverhältnis einzugehen. Denn dies garantiert ein festes Gehalt und entlastet sie von einer hohen Schuldenaufnahme. Das ökonomische Risiko einer Praxisgründung entfällt.“



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig, Tel./ Fax 0341 / 21 32 345

E-Mail: leipzig_neue@t-online.de

Internet: www.leipzig-neue.de

Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung:

Ralf Fiebelkom, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig, Tel./ Fax 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung:

BERGdigital, Hans-Jürgen Berg, Ziegelstraße 7c, 04420 Markranstädt, Tel.:

034205/18 010, Fax: 034205/18 062

E-Mail: bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

23. November

Die nächste Ausgabe erscheint am

17. Dezember

Spendenkonto für Projekt linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92, Konto: 11 50 11 48 40